

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Bumböhm, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech. Nr. 1111: für Inserate 1867, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. 2,25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Mk. ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anfertigungsbüro: die Tagesaktuelle Kolonietexte 20 Pf., Inserate nach auswärts 20 Pf., im Restamtteil 20 Pf. — Anfertigungsbüro: Nr. 2265 Berlin. — Einwägiger Abdruck kann erteilt werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 49.

Magdeburg, Mittwoch den 28. Februar 1917.

28. Jahrgang.

Unsere Zukunft.

„Die Frage der Bevölkerungspolitik wurde in der Kommission als das Problem unsers Vaterlandes bezeichnet.“ Dieser Satz, den der konservative Abgeordnete v. d. Osten im Preussischen Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Medizinalgesetzes aussprach, könnte als erfreuliches Zeugnis wachsender Einsicht bezeichnet werden, wenn die Entschlußkraft zu entsprechenden Taten dahinter stünde. Davon war in jenen Verhandlungen aber noch recht wenig zu merken.

Die erste Aufgabe einer wirksamen Bevölkerungspolitik ist die

Erhaltung der Geborenen.

Kampf gegen den Frühtod auf der ganzen Linie durch Schaffung gesunder Lebensverhältnisse für alle Schichten der Gesellschaft; insonderheit durch Ausbau der Sozialpolitik, des Arbeiter-, Frauen- und Kinderschutzes, ganz besonders aber durch Mutterchutz und Säuglingsfürsorge — das muß die Losung sein.

Man braucht diese Dinge nur zu nennen, um zu wissen, daß es vor dem Kriege gerade die konservativen Kreise waren, die sich der Durchsetzung einer solchen, auf menschlich-ökonomie zielenden Bevölkerungspolitik in den Weg stellten. Es sei nur an den verbissenen Widerstand erinnert, den die Konservativen und ihr agrarischer Anhang bei Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 dem weiteren Ausbau der Wochenhilfe entgegensetzten. Am bezeichnendsten für den Geist, der jene Herren besetzte, war der zwischen der zweiten und dritten Lesung eingebrachte Antrag Schulz (Bromberg) und Genossen, der die Pflichtdauer der Wochenloshilfe für die Landkrankenassen von 8 auf 4 Wochen herabsetzte. Selbst haben sich Geldbeutelinteressen in so abstoßender Weise gegen das „Problem unsers Vaterlandes“ veründigt, wie damals.

Erst unter dem Druck des Krieges fand man sich bereit, die Wochenhilfe im Sinne der sozialdemokratischen Anträge zu erweitern, die 1911 als „zu kostspielig“ abgelehnt worden waren. Aber auch heute, wo wir neben dem ungeheuren Verlust an lebenskräftigsten Männern auch noch einen

jährlichen Geburtenausfall

infolge der Kriegsverhältnisse von 20 bis 25 Prozent der Friedenszahl zu verzeichnen haben, haben gewisse Herren sofort zurück, wenn es sich um bevölkerungspolitische Dinge handelt, die etwas kosten. Ueber den fortschrittlichen Antrag, der die Kriegswochenhilfe als Regelleistung auch für die Friedenszeit festgelegt wissen wollte, berichtete Herr v. d. Osten: „Seitens der Regierung wurden gegen diesen Gedanken Bedenken geltend gemacht, weil seine finanzielle Tragweite nicht zu übersehen sei.“

Man sieht, der alte „preussische Geist“ lebt auch auf diesem Gebiet noch.

Sa, wenn man das bevölkerungspolitische Problem ohne ernsthafte Opfer für den Staatsfidel lösen könnte, dann hätten es die Beherrschten des Preussischen Landtags längst gelöst. An schönen Mahnungen und strengen Moralpredigten an die Adresse der — andern haben sie es nie fehlen lassen. Auch jetzt waren die Verhandlungen erfüllt davon. Auch der Redner des Zentrums, das 1911 jenen die Wochenhilfe der Landkrankenassen verschlechternden Antrag mitunterzeichnet hatte, leistete darin natürlich Erhebliches.

Er wählte dabei den schönen Satz: „Wir dürfen den heiligen Mutterboden der Ehe nicht verlassen.“

Zunächst die Ehe — das ist in der Tat eine Kardinalfrage, bei der ganzen Sache, oder sagen wir lieber, eine Hauptfrage, da die Kardinalen ja bekanntlich für sich die Auffassung vertreten, heiraten sei gut, aber nicht heiraten sei besser. Die rechtzeitig geschlossene, glückliche Ehe ist zweifellos das beste Mittel gegen unehelichen Verkehr, wie gegen

Prostitution und Geschlechtskrankheiten

mit all ihren verhängnisvollen Folgen für einen gesunden Nachwuchs. Alle Bemühungen um die zweite, positive Seite der Bevölkerungspolitik, die Sicherung einer ausreichenden Geburtenzahl, haben hier einzuziehen. Unter Jugend müßte die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig einen Hausstand begründen und Kinder anständig aufziehen zu können. Darauf wies der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Haenisch, mit Recht hin.

Aber wie sieht es heute damit aus? Die Unmöglichkeit, eine Existenz zu erlangen, die sicher genug ist und ausreichend, um Frau und Kinder zu ernähren, um eine einigermaßen zureichende Wohnung zu bezahlen und die schwere Belastung der Erziehungs- und Berufsausbildungskosten zu tragen, zwingen heute Hunderttausende von jungen Leuten, bis in das vierte Jahrzehnt ihres Lebens hinein auf Ehe, Hauslichkeit und Nachkommenchaft zu verzichten. Diese

aufgezwungene Ehelosigkeit

in den Jahren höchster Lebens- und Geisteskraft ist ein schwerer Krebschaden, der am Mark unsers Volkskörpers zehrt und seiner Fortpflanzung den schlimmsten physischen und sittlichen Abbruch tut. Aber noch hätte der erste Schritt seitens des Staates selbst zu geschehen, seinen eigenen jungen Angestellten die rechtzeitige Ehegründung zu erleichtern! Das Gegenteil geschieht.

Und wie halten es die bevorrechteten landständigen Herrschaften mit dieser Forderung? Der „Deutschen Tageszeitung“ hat der Satz von dem „heiligen Mutterboden der Ehe“ so gut gefallen, daß sie ihn gewahrt in ihrer Besprechung der Landtagsverhandlungen wiederholte. Nun drehe man mal dieses brave Zeitungsbüchlein um. Die Rückseite ist angefüllt mit Anzeigen offener Stellen, und da findet man auf der einen Seite nicht weniger als 19 Inserate, in denen Inspektoren und sonstige Gutsbeamte mit der Bedingung „unverheiratet“ geholt werden. In einem davon wird freilich gnädigst erklärt, daß bei Verheiratung „spätere eventuelle Verbeiratung“ gestattet werden soll. Es handelt sich bei diesen Gesuchen fast ausschließlich um leitende Beamte, also gelehrte und erfahrene Leute, die ihren Lebensberuf wohl anzustellen. Auch an einem Inserat fehlt es nicht, in dem ein Beamter zur alleinigen selbständigen Verwaltung eines Ritterguts gesucht wird, der „verheiratet (ohne Kinder!)“ sein soll. Draußiger kann der

Gegensatz zwischen Theorie und Praxis

in Sachen des „heiligen Mutterbodens der Ehe“ gar nicht illustriert werden, als es hier in der „Deutschen Tageszeitung“ geschieht. Auf der Vorderseite brechen die konservativen Bevölkerungspolitiker ihre Langen für die „Sittlichkeit des Volkes“ und auf der Rückseite bauen sie ruhig ihre Inseratenplantage an, in der der unverheiratete oder

mindestens kinderlose Gutsbeamte Trumpf ist. Der ist natürlich billiger zu halten als der verheiratete, und wer kann den einem Guts Herrn zuzumuten, einen Angestellten aus sozialem Pflichtbewußtsein so zu bezahlen, daß sie ein Familienleben führen und Kinder aufziehen können.

Eine der ersten gesetzgeberischen Bestimmungen, die zum Schutze der Ehe und Familienhaltung nötig wäre, wäre das Verbot aller Arbeits- oder Angestelltenverträge, die dem Arbeitnehmer den Zwang zur Ehelosigkeit auferlegen. Solche Verträge sind nicht nur unzulässige Eingriffe in das persönliche Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, sie stehen auch in schroffem Gegensatz zu dem Interesse des Volksganzen.

Inserate wie die erwähnten gehören auch noch aus einem andern Grunde zu den „unmöglichen Anzeigen“ im wahren und schlimmsten Sinne des Wortes. Der zur Ehelosigkeit verurteilte Gutsbeamte braucht natürlich mit der Bedingung des Nichtheiratens

kein Keuschheitsgelübde

zu verbinden. Das verlangen in der Praxis nicht einmal die Herren im Preussischen Abgeordnetenhaus, die die Worte des Ministerialdirektors Dr. Kirchner über die sittliche Notwendigkeit der geschlechtlichen Enthaltenshaft bis zum Eintritt in die Ehe mit ihrem „Sehr gut!“ auszeichneten. Sie wissen alle, was ihnen der Gutsbeamte auf ein solches „weltfremdes“ Anjinnen antworten würde. Nur der Umstand, daß der Zwang des Unverheiratetseins gemildert wird durch günstige Gelegenheiten und nachsichtige Beurteilung allerseits, macht solche Verträge überhaupt möglich.

Mit diesen Dingen hängt eng zusammen das Kapitel der unehelichen Geburten, über das die Herren im Abgeordnetenhaus ja auch gesprochen haben. Es ist bekannt, welche Summe von Scham und Elend es umschließt. Von den 188 977 im Jahre 1913 im Deutschen Reich außerehelich Geborenen starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres 41 924, das sind 23,7 Prozent, wieder dahin. — Von den ehelich geborenen Säuglingen raffte der Tod nur 14,2 Prozent wieder fort. Auch das ist ja noch nicht zureichend, aber der Stiefvater zeigt, wie weit die Stiefväter für die unehelichen Kinder hinter der für die ehelichen im Rückstand ist.

Am schlimmsten haben es mit der Säuglingssterblichkeit der Unehelichen in den Gefilden der ostelbischen Guts herrschaften. Während man in den Städten ganz wesentliche Fortschritte in der Bekämpfung dieses schmerzlichen bevölkerungspolitischen Schadens gemacht hat, sieht es damit im Herrschaftsbereich der Großagrarier noch furchtbar aus. In den Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck starben von den außerehelichen Säuglingen im Jahre 1913 wieder fort: 21,4 bzw. 19,4 und 17,0 Prozent. In Sibirien, Westpreußen und Posen dagegen gaben in dem gleichen Jahre von den außerehelich des Schutzgatters der Ehe geborenen Kindern 30,4 bzw. 32,4 und 35,5 Prozent ihr kurzes Jammerdasein wieder auf!

Diese Zahlen schreien gen Himmel. Sie zeigen, wo vor allem einzusetzen ist, wenn das Bevölkerungsproblem wirklich gefördert werden soll. Der „heilige Egoismus“ derer muß gebrochen werden, denen Besitz- und Gewinninteressen höher stehen als die Geburt der wirtschaftlichen und kulturellen Lebensinteressen des ganzen Volkes. Das ist der springende Punkt. Die Sozialdemokratie wird ihre Kraft dafür einsetzen, daß dies geschieht.

Ed. David.

Unentwegte Torpedierer.

Die Anhänger des verhängnisvollen U-Boot-Kriegs haben ihren Willen gehabt, und Bethmann-Hollweg hat sich zu der Ansicht bekehrt, daß der verhängnisvolle U-Boot-Krieg, der früher nicht zeitgemäß war, nun zeitgemäß geworden ist. Deswegen hat er aber die Scher, die für den Krieg mit unerlösten Zielen und schrankenlosen Mitteln kämpft, mit dem Reichskanzler noch lange nicht ihren Frieden gemacht. Bethmann ist nun einmal nicht ihr Mann, mag er sich anstellen wie

er will. Der Verdacht, nicht voll und nicht ganz zu sein, bleibt immer an ihm haften.

So hat die Kaiserliche Hofkapelle mit der Verkündung des verhängnisvollen U-Boot-Kriegs ihren eignen Krieg gegen die verantwortliche Reichsleitung keineswegs eingestellt. Die Generalsversammlung des Bundes der Landwirte, in der die Vertreter von Schlot und Halbe Arm in Arm mit den Herren von Dr. und Salin auftraten, die allseitige De-

batte im Preussischen Abgeordnetenhaus mit ihren heftigen amerikanischen Vorwürfen, sie bewiesen deutlich genug, daß es noch immer keine Ruhe und keinen Pardon gibt, ja daß der Kampf jetzt, da die Herren wieder etwas Oberwasser fähien, noch munterer fortgesetzt wird als zuvor.

Ein interessantes Dokument dieses Kampfes hat nun am letzten Sonnabend der Stuttgarter „Beobachter“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine Einladung zu einer

Besprechung am 25. Februar im Berliner Hotel „Adlon“, die von Emil Kirdorf, Admiral v. Knorr und Graf Goensbroeck unterzeichnet ist. Gegenstand der Beratung ist —

der Wechsel im Reichskanzleramt

Als Mittel zur Erreichung des Zweckes werden angegeben: Einleitung einer großen Bewegung, Versammlungen in allen großen Städten, Gewinnung von Beiträgen, Beschaffung von Geldmitteln. Unter anderem wird auch die Herbeiführung von Differenzen zwischen militärischen und zivilen Behörden als geeignetes Mittel zum guten Zweck angeregt. Zu der interessanten Tagung sollte auch Graf Westarp sein Erscheinen zugesagt haben.

Man braucht keinen Detektiv-Verstand, um es auffällig zu finden, daß Graf Westarp schon im Voraus ganz im Sinne dieses Programms gearbeitet hat. Man erinnere sich nur an die interessante Szene, die sich am Freitag im Reichstag bei der Besprechung der Vorgänge in Elsaß-Lothringen abspielte: Alle Parteien waren darin einig, die Außerachtlassung des Schutzhaftgesetzes durch militärische Befehlshaber aufs schärfste zu rügen, und als Herr Gröber vom Zentrum sagte, der Reichstag wüßte zu erfahren, was mit Männern geschehe, die die Gesetze nicht halten, fand er allgemeinen Beifall. Da erhob sich plötzlich — Graf Westarp, um zu erklären, danach zu fragen sei nicht die Sache des Reichstags; was mit den militärischen Befehlshabern geschehe (oder auch nicht geschehe), sei die Angelegenheit der Kommandogewalt, d. h. des Kaisers. Man sieht also, daß nach den Reden der vom „Beobachter“ herbeigeführten Einladung jetzt schon recht fleißig gearbeitet wird.

Man könnte nun mit naivem Erstaunen fragen:

Was wollen diese Leute

von dem armen Bethmann eigentlich? Der U-Boot-Krieg wird ja gemacht. Die Entscheidung in der Frage der Kriegsziele liegt noch in weiter Ferne, und hängt zuallererst davon ab, ob heute Graf oder Herr Reichskanzler ist. Geradezu lächerlich wäre es, wenn heute politische Grundrissen gegen einen Staatsmann kämpften, weil sie mit ihm darüber nicht einig sind, ob und was nach dem vollständigen Siege Deutschlands über seine Gegner angetrieben werden soll. Erst muß doch dieser Sieg errungen sein! Und alles andere kommt später. Die Kriegsmittel, die jene Herren für die nächsten Jahre, werden jetzt prompt angewendet. Also, wozu Konferenzen und Konventionen an allen Ecken und Enden, wozu die schweißtreibende Ministerarbeit, die zum Sozialismus gesteigerte Lust der Kanzlerkürzer?

War die Entwicklung der politischen Dinge in Deutschland seit den weniger Jahren mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, dem gibt das Treiben der Kanzlerkürzer keine Rästel auf. Denn so, wie es heute ist, ist es ja längst schon in Krieg und Frieden gewesen. In den glücklicheren Zeiten, da es noch keine U-Boot-Frage und keine Kriegsziele gab,

waren die Geheimkonventionen der Schwerindustriellen zum Sturze dieses oder jenes Regierungsmannes nicht minder häufig, und in der Wahl der Mittel war man niemals allzu bedenklich. In all dem äußert sich das heuchlerische Machttreiben einer Gruppe, der es zwar niemals an starkem Einfluß gefehlt hat, die sich aber doch auch niemals zufrieden geben will, solange sie nicht die ganze Macht in ihren Händen vereinigt.

Die Zeiten, in denen ein Minister jenen Herren zurief:

„Wir arbeiten ja nur für Sie!“

sind freilich vorbei. Die Reichs- und Staatsbureaucratie kann die steigende Kraft der Arbeiterdemokratie nicht mehr ganz ignorieren, und je länger der Krieg dauert, je tiefere Erschütterungen des wirtschaftlichen Gefüges er mit sich bringt, desto deutlicher sehen jene Herren die Gefahr heranwachsen, daß es mit ihrer Kraft und ihrem Einfluß auf die Regierungsgeschäfte eines Tages ganz vorüber sein wird.

Herr v. Bethmann ist nun in den Augen jener Leute schwer kompromittiert. Er hat sich der Einsicht nicht ganz verschlossen, daß der Krieg eine tiefgreifende Neugestaltung der inneren Verhältnisse zur Folge haben muß. Er hat mit seinen Andeutungen von Neuorientierung und kommender Volkstrennung die Kameradschaft auf innere Kriegsziele gelenkt, von denen sie wieder abzulenken für manchen der eigentliche Zweck des Geschreibes nach Kurland und Belgien ist. Herr v. Bethmann gilt als der verantwortliche Träger von Versprechungen, deren Erfüllung von jener Seite mit allen Mitteln zu hinterziehen versucht wird.

Und so ist der Reichskanzler das Objekt von Gegenständen geworden, auf die er, wäre er der Mann dazu, stolz sein könnte. Aber das ist er nun keineswegs. Man kennt ihn in der inneren Politik kaum anders, als ängstlich nach beiden Seiten hin und her laufend, ob ihm keine Gefahr drohe, nach allen Seiten Sicherungen suchend und behutlich labierend. Es wird mehr um ihn gekämpft, als er selbst kämpft. Aber auch diese Gedrücktheit und Bedeutungslosigkeit des Persönlichen in dem Kampfe, der hier ausgefochten wird, ist tief in den Verhältnissen begründet. Denn es handelt sich hier um ein Ziel-Messenkampf, und von beiden Seiten kämpft man nicht um den Mann, sondern um die Sache!

Peinliche Ueberraschung.

Die Mitglieder der hier erwähnten Konferenz sind bezeichnenderweise sehr ärgert darüber, daß ihre Zustimmung vorzeitig der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die man wohl als Sprachrohr jener Kreise betrachten darf, reden von Epochen, die sich unter Verheimlichung in Versammlungen allerdeutscher Männer einschleichen. Immerhin scheint es dieses Organ doch geraten zu haben, nachdem die Sache einmal in die Öffentlichkeit gebracht wurde, von den Unternehmern der Versammlung etwas abzurufen. Aus der Darstellung des Blattes ergibt sich, daß die treibende

Kraft der Eriesuit Graf Goensbroeck ist, eine Persönlichkeit, über die das Urteil in politischen Kreisen ein durchaus ungeteilt ist. An der Besprechung haben nun aber, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ feststellen, weder Professor Schäfer noch der Abg. Fuhrmann teilgenommen. Dagegen kann das Blatt natürlich nicht in Abrede stellen, daß die Kirdorf, Knorr usw. über ihren vorzeitig veröffentlichten Plan beraten haben.

In der „Kreuzzeitung“ nimmt an der Adlon-Konferenz

Graf Westarp

selber das Wort, indem er den Auszug aus seinem Briefwechsel veröffentlicht, den er mit dem Grafen Goensbroeck gepflogen hat. Der entscheidende Teil in dem Briefe Westarps an Graf Goensbroeck lautet:

In der Einladung, die Eure Hochgeboren für den 25. Februar verordnet und deren Abschrift Sie mir gütigst zugesandt haben, ist nun auf der einen Seite mitgeteilt worden, daß ich mein Erscheinen zugesagt habe, während auf der andern Seite in demselben Schreiben als Zweck der Besprechung Kundgebungen bezeichnet worden sind, die eine grundsätzliche Stellungnahme zugunsten der Entlassung des Reichskanzlers zum Gegenstand haben sollen. Diese Form der Einladung könnte auf meine persönliche Haltung zu dieser Frage ein mit den Tatsachen nicht im Einklang stehendes Licht werfen. Ich glaube, unter diesen Umständen der Einladung nicht folgen zu dürfen und bitte, mein Ausbleiben zu entschuldigen. Ein anderer Entschluß würde mir auch ohne Zustimmung der zuständigen Partei-Instanzen nicht möglich sein, die ich, wie ich annehme, keinesfalls erhalten würde, aber auch, wie ich ganz offen aussprechen will, nicht herbeizuführen beabsichtige.

Auch die Vorschläge hinsichtlich der Stellungnahme des Reichstags oder der Mitglieder der konservativen und national-liberalen Partei, die Eure Hochgeboren der Einladung zugesagt haben und die im wesentlichen den Vorschlägen entsprechen, welche Sie mir durch Schreiben vom 23. Dezember vorigen Jahres mitteilen die Güte hatten, scheinen mir in der Zwischenzeit in so wesentlichen Punkten überholt zu sein, daß ich schon aus diesem Grunde nicht in der Lage zu sein glaube, mich an deren Beratung zu beteiligen.

Die Entscheidungen, um welche jetzt draußen gekämpft wird und die allein durch die Leistungen von Heer und Marine und durch die geschlossene Einigkeit des deutschen Volkes erzielt werden können, sind so schwerwiegender Natur, daß, nach meiner Auffassung wenigstens, auch aus diesem Grunde parlamentarische Aktionen, wie sie in den mitgeteilten Vorschlägen zur Besprechung gestellt werden sollen, zurzeit jedenfalls vermieden werden müßten.

Mit dieser Abgabe ist der Wert der ganzen Aktion allerdings ganz wesentlich herabgemindert worden; sie stellt sich mehr als ein Privatunternehmen einzelner — mehr oder weniger einflussreicher — Leute dar. Bemerkenswert ist aber, daß Graf Westarp eine Aktion gegen den Kanzler „zurzeit“ vermieden wissen will. Diese Einschränkung muß dahin gedeutet werden, daß den Konservativen lediglich der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet erscheint, daß sie aber an dem Bestreben, den Kanzler zu entfernen, festhalten und zu einem ihnen passenden Zeitpunkt zum Schlag auszuholen werden. Deshalb trifft immer noch aus, was oben über die ganze Aktion gesagt wurde. —

Was der Krieg bringt.

Seegefecht in der Themsemündung.

Der deutsche Admiralskapitän macht bekannt:

In der Nacht vom 24. zum 25. Februar jüngsten Leites unter Leutnantkapitän v. Siedow vier deutsche Torpedobootsflottille unter Führung der Torpedobootsflottille v. Albrecht (Kommandant) in der Themsemündung bis über die Linie Dover—Calais und in die Themsemündung vor.

Die im Kanal geführten englischen Zerstörer wurden nach heftigem Artilleriegefecht zerstört. Mehrere von ihnen wurden durch Torpede beschädigt und gingen weitere Schiffe durch plötzlichen Ausbruch aus dem Bogen. Major West erlitten keine Verluste oder Beschädigungen. Im übrigen wurde in diesem Gebiet von dem Gegner nichts gesehen.

Ein anderer Teil unserer Torpedobootsflottille, unter ungarischer Führung, bis nach Nord-Foreland und in die Donau vor. Die militärischen Anordnungen bei Nord-Foreland, die beherrschende Stellung unserer Flotte unter dem Kommando des Hauptmanns v. Siedow wurden mit beachtlichem Erfolg unter dem Kommando des Hauptmanns v. Siedow nicht angegriffen.

Auch diese Flotte hat vollständig und unbeschädigt zurückgekehrt.

Ein Passagierdampfer versenkt.

Wieder nach dem Bericht aus London vom 24. d. M.

Der Passagierdampfer der German Line „Laconia“ (15400 Tonnage), der von Kopenhagen kam, wurde am 24. Februar in der Ostsee mit 270 Passagieren von der „Laconia“, demerit ein russischer Passagier, nach von Kopenhagen im Hafen versenkt.

Der „Laconia“ gehörte zu den größten und größten Schiffe der großen deutschen Schiffsflotte. Zu demselben Bau der „Laconia“ von 1923 Tonnage und der „Laconia“ von 15150 Tonnage gehörte sie zu einer Klasse, die an Größe nur von den „Laconia“-Klasse (1567 Tonnage) und „Laconia“ (10701 Tonnage) übertrifft. Die „Laconia“ war ein Schiff, das im Jahre 1912, von Kiel gebaut, für nur 600 Tonne und einstellte 17 Personen befähigt.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn

In der nächsten Zeit sollen, wie es heißt, die Verhandlungen über die künftige handelspolitische Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn beginnen, und es ist wahrscheinlich, daß zugleich, wenn nicht in unmittelbaren Verhandlungen, so doch in der öffentlichen Diskussion, auch andere Fragen künftiger Gemeinschaft zur Erörterung gelangen werden, die mit der handelspolitischen Frage eng verknüpft sind.

Voraussetzung für handelspolitische Abmachungen Oesterreich-Ungarns ist das Zustandekommen des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn. Nun ist dieser Ausgleich einstweilen noch nicht zustande gekommen, aber es heißt, er sei in weitausgehender, daß von seiner Grundlage aus in der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse zum Ausland ein Schritt weiter gegangen werden könne. Eher ist diese Grundlage noch keineswegs. Außerdem wird nicht vergessen werden dürfen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht allein auf der Welt sind, und daß über die Zukunft ihres Aufsehens erst auf der kommenden Friedenskonferenz entschieden werden wird.

Fast alle Handelsverträge, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit dem Ausland geschlossen hatten, haben mit dem Kriegsausbruch zu erlöschen aufgehört, und der Zustand des künftigen Friedensvertrags wird einen langen Zeitraum neuer Zolltarife und neuer Handelsverträge mit sich ziehen. Demnach ergibt sich, daß in den kommenden Verhandlungen nicht mehr als ein Rahmen für ein künftiges handelspolitisches Zusammengehen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns geschaffen werden kann. Ueber die Höhe der Zolltarife selbst wird sich heute noch gar nichts bestimmen lassen, sie wird von Umständen abhängen, die heute noch vollständig in Dunkel gehüllt sind.

Eine Zollunion zwischen den beiden Staaten kommt nicht in Frage. Zunächst schon deshalb nicht, weil die mit dieser Zollunion verbundenen Nachteile Oesterreichs und Ungarns die für die Ausbesserung der deutschen Industrie nicht erlangen zu können glaubt. Auch ist eine Zollunion ohne noch weiter gehende politische Vereinigung nicht denkbar. Ein gemeinsamer Zolltarif kann nur von einem gemeinsamen Zollparlament herbeigeführt werden, die Frage der Zolltarife liegt über von den Fragen der Steuern, des Arbeitens und der Arbeiterversicherung nicht immer. Die Steuerfrage führt aber wieder zu der Frage der Staatsausgaben, und damit in das weite Gebiet

der allgemeinen Politik. Aus der Zolleinheit müßte sehr bald eine Reichseinheit erwachsen, die ist aber von keiner Seite beabsichtigt.

Sieht man davon ab, daß die gemeinsame Verteidigungstellung beider Reiche ein gemeinsames Vorgehen bei der Neuordnung der handelspolitischen Beziehungen zu den Gegnern an sich schon verbürgt, so bleiben nur einige Einzelfragen der wirtschaftspolitischen Annäherung übrig, für die man von den bevorstehenden Verhandlungen eine Förderung erwarten kann. Das betrifft ganz besonders das Verkehrswesen und die Fragen der Sozialgesetzgebung.

Das verkehrteste wäre es, wenn man von seiten der Mittelmächte ein Gegenstück zur Pariser Wirtschaftskonferenz schaffen wollte. Denn es kann sich für die Mittelmächte nicht darum handeln, Absperrung gegen Absperrung zu setzen, sondern ihre Aufgabe muß es sein, die wirtschaftliche Sperre der Pariser Konferenz zu durchbrechen und ihrer Parole die Parole des freien wirtschaftlichen Weltverkehrs entgegenzustellen.

Einer der klügsten Köpfe Oesterreichs, der frühere Finanzminister Dr. Franz Klein, hat am Sonnabend in einer Versammlung der Waffenbrüderlichen Vereinigung in Berlin einen Vortrag über österröische Wirtschafts- und Sozialpolitik gehalten, in dem er sagte: „Der Krieg reißt eine weitere Uebereinstimmung an, die Gleichheit der wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. Die Mittelmächte haben vor dem Kriege zur Außenhandelspolitik verhalten gehalten. Angehts der ihnen ans Leben gehenden Absichten der Feinde verschwindet aber dieser Unterschied. Es gibt nur die Wahl, sich zu unterwerfen oder wie im Kriege gemeinsam vorzugehen, um für den Frieden die Zulassung zu den ungeheuren Gebieten, die die Feinde kontrollieren, durchzusetzen, und zwar nicht nur der Ausfuhr wegen, sondern noch mehr als Bezugsquelle für anders nicht erreichbare unentbehrliche Rohstoffe.“

Damit ist das Problem ganz richtig gestellt, und die Bedeutung dieses Problems übersteigt beträchtlich jene der sogenannten Kriegszielefragen, die in der Distanz, scheinbar am lautesten diskutiert werden. Nicht die Eroberung von Belgien oder Kurland, sondern die „Eroberung“ von Getreide, Futtermitteln, Baumwolle, Kupfer, Gummi usw., das ist die eigentliche Frage.

Darum kann das gemeinsame handelspolitische Programm im Gegensatz zu dem gemeinsamen Programm der Gegner kein Abwehrprogramm sein. Denn die Gegner haben das Weltmeer und die Welt. Wir aber haben nichts als die eigene Scholle und praktizieren die Methoden des

„geschlossenen Handelsstaats“ nicht aus Neigung, sondern aus Not. Schon darum scheint die Sorge, daß sich aus dem zukünftigen Mitteleuropa ein hochschulgöllnerisches Gebilde entwickeln könnte, unbegründet oder zum mindesten verfrüht. Von den deutschen und österreichisch-ungarischen Unterhändlern ist wohl zu erwarten, daß sie genügend Einsicht besitzen werden, um nicht die Schlinge, die uns die Gegner auch im Frieden um den Hals legen wollen, noch enger zu ziehen. —

Fraendienst in Belgien.

Das Generalgouvernement für das besetzte Belgien hat zur Fürsorge für die einheimische Bevölkerung und zugleich im Interesse des Heeres eine „Zentrale für soziale Fürsorge“ in Brüssel geschaffen, deren Tätigkeit sich auf die Bestimmungen der Saager Konferenz und der Genfer Konvention stützt und Erfahrungen der deutschen Wohlfahrtspflege zum Vorbild macht. Diesen Fürsorgestellen ist ein Fraendienst angegliedert, der im wesentlichen für Fürsorgeschwestern und soziale Helferinnen sorgt, und die Vertretung von Frauenkomitees vorzieht. Die Mitglieder dieser Komitees arbeiten ehrenamtlich, Fürsorgeschwestern erhalten ein Tagelohn von 14 Frank, Helferinnen freie Wohnung und Verpflegung.

Die Fürsorgeschwestern verschaffen sich durch Hausbesuche Einblick in die Notstände und suchen ihnen nach Kräften, in erster Linie durch Versorgung von Kindern und Kranken zu steuern. Weiterhin beschaffen sie Arbeitsgelegenheit für Frauen in Fabriken und durch Ausgabe von Heimarbeit. Auch die Einrichtung und Leitung von Maschinenstichen untersteht diesen Fürsorgeschwestern.

Die Fürsorgestellen, die in jedem Kreise die ausführenden Organe der Brüsseler Zentrale sind, enthalten je ein ärztliches Sprechzimmer, Arbeitsnachweis, Ausgabestelle für Heimarbeit, Volksküche, Konsumanstalt, und dienen den Mitgliedern des „Fraendienstes“ als Wohnung.

Durch Heimarbeit haben die Fürsorgestellen schon über eine Million Strümpfe und über 60 Millionen Kleidungsstücke aller Art anfertigen lassen. Auch durch Waschanstalten, Nähstuben, Obstkonfektieren und Marmeladenbereitung haben die Fürsorgestellen Arbeitsgelegenheiten für Tausende von Frauen geschaffen.

Die auf diese Weise geleistete Arbeit, die laufend 20 000 Familien vor bitterster Not schützt, ist, wie die Mitteilungen der Zentrale besonders hervorheben, von den Belgierinnen freiwillig angeboten und übernommen worden. —

Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß

Der Ausschuß setzte am Montag die Verhandlung bei dem neuen Wirtschaftsplan fort. Abg. Herold (Ztr.) hält die Durchführung eines Produktionszwangs für die Landwirtschaft für unmöglich und glaubt, daß kein Mehrertrag an landwirtschaftlichen Erzeugnissen damit herbeizuführen wäre.

Aus einer Zusammenstellung, die das Kriegsernährungsamt über die Wirkung der Preisänderung dem Ausschuß unterbreitete, ist zu entnehmen, daß nach den bisherigen Preisen der Wert der Produktion für alle Getreidearten, Zuckerrüben, Kartoffeln, Kohlrüben und Vieh nach der Abgabemenge den Betrag von 9627,64 Millionen Mark erreichen. Nach den Preisänderungen, wie sie das Kriegsernährungsamt vorschlägt, würde eine Steigerung des Ertrags auf 9777,86 Millionen Mark erzielt werden. Zur Begründung bemerkt der Präsident von Batocki, daß dieser Mehrertrag nur erlangt wird, wenn der Ertrag der Getreide nicht heruntergeht. Die Berechnung geht dahin, den Preis zu liefern, daß für den Erzeuger kein Vorteil bei der Preisänderung herauskommt.

Abg. Koch (Fortfchr. Sp.): Mit der Preisrelation könne man sich im großen und ganzen einverstanden erklären. Bei dem Zuckerrübenpreis von 2 Mark solle man es bewenden lassen; die Zuckerrüben auf 2,50 Mark ist unbegründet; denn bei dieser Preisbestimmung ist ferner in Anbetracht zu bringen der Wert der Schnitzel und des Rübenkrautes als Viehfutter, der prozentual mit 70 Pfg. zu veranschlagen wäre, so daß auch gegenwärtig bei dem schon festgesetzten Rübenpreis von 2 Mark für den Landwirt eine Entschädigung von 2,70 Mark herauskommt. Der Preis von 2 Mark ist schon ein Aufschlag gegen den Friedenspreis um 100 Prozent.

Abg. Kappeler (Soz.) meint, daß die öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel uns bisher vor dem Zusammenbruch rettete. Aber die Organisation zeige sehr viele Mängel, die bei dem neuen Wirtschaftsplan leider nicht beseitigt werden. Die Preisrelation beruhe auf ungenügender Grundlage; bei der Durchführung fehle es an einer strengen Durchführung eines gerechten Ausgleichs. Der neue Wirtschaftsplan lasse alles beim alten, er nehme viel zuwenig Rücksicht auf eine Steigerung der Produktion. Selbst wenn wir im letzten Jahre nur 23 Millionen Tonnen Kartoffeln ernteten, so muß doch das Quantum für die menschliche Ernährung von ungefähr 12 Millionen Tonnen höher zu haben sein. Diese Gegenüberstellung zeige schon die schlechte Bewirtschaftung. Die Rücksichtnahme gegen die Landwirtschaft müsse aufhören. Wenn es nicht im guten Glauben, müsse zu dem Mittel der Enteignung gegriffen werden. Allerdings müsse der Landwirtschaft die nötige Unterstützung zuteil werden, sie müsse im Bezug der Düngemittel, des Saatguts und der Stellung von Arbeitskräften Erleichterung erfahren. Bei einer Erhöhung des Brotpreises werde auch eine Steigerung des Brotpreises nicht zu vermeiden sein. Das wäre aber eine außerordentlich harte Last, die den minderbemittelten Volksschichten jetzt nicht auferlegt werden dürfe.

Abg. Kollenbush (Soz.) schildert, wie im Vergleich zu den hohen Lebensmittelpreisen sehr viele Bevölkerungsteile keine entsprechende Erhöhung des Einkommens zu verzeichnen haben. Der Landwirt ist schon bemüht, das Land zu bebauen; eines besondern Anreizes durch Preis-Mehrerträge bedarf es nicht. Die Landwirtschaft hat auch bereits vom Beginn des Krieges ab teilgenommen an den Preissteigerungen; deshalb sind die neuen Ansprüche unberechtigt. Wenn wir den Krieg gewinnen wollen, so heißt es heute, für die nötigen Nahrungsmittel sorgen. In nächsten Jahre muß es mit unserer Lebensmittelversorgung besser ausfallen. Das ist auch zu erreichen, wenn die nötigen Organisations- und Entschärfungsmaßnahmen in der Durchführung bei dem Kriegsernährungsamt vorhanden sind.

Abg. Fegter (Fortfchr. Sp.): Es kommt hier auf ein richtiges Verhältnis der Preise an. Unser Viehstand muß mäßig reguliert werden.

Abg. Prinz von Schönau-Carolath (natl.) befragt die Anbaumöglichkeit für das nächste Jahr. —

Rechtsreformen.

Das Preussische Abgeordnetenhaus hat am Montag zunächst die Debatte zum Etat der Justizverwaltung beendet. Aus den Verhandlungen ist besonders die Rede unseres Genossen Hänisch hervorzuheben, der sich mit einigen durch die Kriegsumstände vielleicht unvermeidlich gewordenen Notmaßnahmen einverstanden erklärte, darüber hinaus aber Reformen verlangte, die als Dauer-einrichtungen gedacht sind. Insbesondere forderte Hänisch Erweiterung der Rechtsgarantien und die Beseitigung des Anklagezwangs der Staatsanwaltschaft. Auf's schärfste protestierte er gegen die Bestrebungen auf Sinausdrängung des Laien-Elements aus der Rechtspflege; er verlangte weiter, daß alle politischen und Kasseprozesse den Schwurgerichten überwiesen werden, wobei er hoffte, daß wir von politischen Prozessen im neuen Deutschland möglichst verschont bleiben. Treffend wies er darauf hin, daß dem Volke jedes Verständnis für die außerordentliche Mißde-manche Gerichte gegen Mörder und Spekulanten fehlt, und er verglich mit diesen milden Urteilen das Urteil gegen Liebknecht, der gewiß nicht aus ehrloser Geinnung gehandelt habe, sondern für seine Ueberzeugung Freiheit und Existenz in die Schranken schlug.

Auch Abg. Kanson (Fortfchr. Sp.), ein früherer Landgerichtsdirektor, trat für weitgehende Reformen ein. Er regte u. a. an, bei der Bösung der Vorstrafen weit-herziger als bisher zu verfahren, die Unabhängigkeit der Richter nach oben und nach unten zu sichern und ein Ende zu machen mit veralteten Gesetzen wie dem Gesetz über den Belagerungszustand und der Gefindeordnung. Schließlich forderte er auch die Gewährung des freien Koalitionsrechts an die Landarbeiter.

In vorgerückter Stunde begann das Haus dann nach die Generaldebatte zum Kullusetat, die, nachdem zwei Redner zum Worte gekommen waren, auf Dienstag vertagt wurde.

Notizen.

Mehr Soldatenheime. In der Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik, die sich am Montag mit der Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heere beschäftigte, wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig angenommen, die Reichsregierung zu er-machen, mehr als bisher an den Hauptquartieren des Reiches in Deutschland und den besetzten Gebieten Soldatenheime und Einrichtungen für billige Nachtunterkunft der durchreisenden Militärpersonen zu schaffen. —

Kriegsunterstützungen an verabschiedete Heeresbeamte. Mit Rücksicht auf die Teuerungsvhältnisse erhalten nach einer Verfügung des Kriegsministeriums auch hilfsbedürftige Heeresbeamte und versorgungsberechtigte Witwen von Heeresbeamten eine einmalige Kriegsunterstützung im Höchstbetrage von 100 Mark, wenn das Gesamteinkommen weniger als 2400 Mark — bei Witwen ohne Pension weniger als 1200 Mark — beträgt. Dasselbe gilt für pensionierte Offiziere und Offizierswitwen, wenn die gleichen Voraussetzungen vorliegen. Die Beamten und Beamten-witwen haben die Unterstützung bei der zuständigen stellvertretenden Intendantur, die Offiziere und Offizierswitwen bei dem stellvertretenden Generalkommando zu beantragen. —

26 Milliarden Mark Kriegsanleihe gezeichnet. Bonar Law teilte im Unterhaus mit, daß die gesamten Zeichnungen auf die Kriegsanleihe sich auf eine Milliarde 312 095 Pfund Sterling — 26 1/2 Milliarden Mark — belaufen, wovon nur ungefähr 22 Millionen in freier Umlauf angelegt wurden, der Rest in fünfprozentiger Anleihe. —

Englands Versorgungsorgen. Die Erklärungen Lloyd Georges im Unterhaus haben, wie der „Secolo“ aus London meldet, einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Man wußte, daß der erste Minister die Kriegsgesetze ausüben würde, welche die Regierung beschließen hat, um den Schiffsverkehr auf das mögliche geringste Maß herabzusetzen. Viele Geschäftszweige lagen völlig still in Erwartung des Schlimmsten. Aber die Läden wurden förmlich gesteuert, um gewisse Einkäufe, wie Kaffee, Tee, Roggen u. dergl. wofür man eine außerordentliche Preis-erhöhung infolge der Lloyd Georgeschen Ankündigung der Einfuhrbeschränkungen erwartet, zu erledigen. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London, daß wahrscheinlich Höchstpreise für Lebensmittel festgesetzt werden würden, um übertriebenen Kriegsgewinnen vorzubeugen. —

Standinawische Schwierigkeiten. Die Zeitung „Verdens-gang“ meldet von den großen Schwierigkeiten, für die norwegischen Fabriken Rohstoffe zu bekommen, nicht nur wegen der deutschen U-Boot-Sperre, sondern vor allem infolge der englischen Handelsblockade; diese werde immer schärfer, so daß norwegische Fabrikanten gekaufte und bezahlte große Vorräte in englischen Häfen liegen hätten, deren Freigabe die englischen Behörden verweigerten. Infolge Mitteilungen an Bergener Einfuhrhändler hat Amerika die Eisenaufnahme gesperrt. Wegen der immer enger werdenden Folgen der Kohlennot bereitet die Stadtverwaltung von Christiania die Rassenpeisung in Volksküchen vor. „Livens Tegn“ veranlaßt die Anzahl Arbeits-loser in Norwegen infolge Betriebseinstellung zahlreicher Fabriken wegen Kohlenmangels auf bereits über 2000. —

Der gierige Längenschild, der Ragen. Ein gelehrter Freund sandte einem Leser der „Post“ mit einem prächtigen Neujahrsgruß einen wirklich zeitgemäßen Spruch des persischen Dichters Saadi als Neujahrsgruß. In Uebersetzung lautet er:
Des Ohr kann bleiben all sein Leben lang ohne der Geige und der Flöte Klang.
Das Auge kann sein Leben lang bestehn, ohne des Gurrens Wägen und den Klang.
Den süßen Duft der Rosen und Narzissen, kann ohne Schaden deine Nase missen.
Es kann, wer seines Gedächtnisses beraubt, auch schlafen, einen Kadaver in unterm Haubt.
Kannst du des Viehs Umarmung nicht genießen, kannst du dich selber in die Arme schließen.
Nun dieser gierige Längenschild, der Ragen, kann nicht geduldig sein und nicht entsagen. —

Englische Vorstöße.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 27. Februar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Von zahlreichen Vorstößen der Engländer gegen unsere Front zwischen Ypern und der Somme gelangte nur einer in unsere Gräben. Der Hilich von Arras eingedrungenen Feind wurde durch Gegenstoß geworfen.
Das Artilleriefeuer erhob sich nur in wenigen Abschnitten über das gewöhnliche Maß.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Bei abnehmender Kälte war die Gesichtstätigkeit mehrfach lebhafter als in letzter Zeit.

Mazedonische Front:
Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Des Kanzlers Rede.

W. L. B. Berlin, 27. Februar. In seiner heutigen Rede im Reichstag führte der Kanzler aus:

Für uns gibt es nur eine Forderung des Tages: Kämpfen und Siegen! (Beifall.) Die Bewilligung der neuen Kriegskredite hat aller Welt unsern unabweislichen Entschluß bekundet: zu kämpfen, bis die Feinde zum Frieden bereit sind. (Beifall.) Ueber die Friedensziele mich auszusprechen, halte ich für verfrüht. (Sehr richtig.) Ueber die großen Probleme der innern Politik: Neuorientierung? Kein schönes Wort! Es steht doch nicht in unserm Belieben, ob wir uns neuorientieren sollen oder nicht. Die neue Zeit mit dem erneuerten Volk ist da. (Sehr richtig.) Der Gedanke, das deutsche Volk zu belohnen für das, was es getan hat, ist mir immer als unwürdig erschienen. (Lebh. Zusf.) Lohnen können wir die große Aufgabe nach dem Kriege nur, wenn die gesamte Kraft frei und freudig zusammenwirkt. (Sehr richtig.) Heute durchdringt der nationale Gedanke alle Kreise des Volkes. Auch die Ueberzeugung vom Werte der monarchischen Einrichtung ist in unserm ganzen Volke weit und tief verbreitet. Wir wissen aber auch, daß die Monarchie am sichersten ist in der Liebe des freien Mannes.

Die Abweisung unserer Friedensangebote hat das deutsche Volk einmütig gemacht denn je. Auf unsere Note haben die Neutralen mit Vorbehalten und Protesten geantwortet. Wir werden die Schwierigkeiten für die Neutralen nach Möglichkeit mildern, wenn diese auch in erster Linie durch Englands Sectyrannei veranlaßt sind. (Sehr richtig.) Diese Anrecht wollen und werden wir vernichten. (Beifall.) Die Vereinigten Staaten haben die diplomatischen Beziehungen mit uns abgebrochen. Ueber die Gründe haben wir eine amtliche Mitteilung nicht erhalten. (Hört, hört!) Zwischen unserer Note vom 4. Mai und der amerikanischen Antwort vom 10. Mai war ein so tiefgehender Unterschied, daß niemand an der wirklichen Sachlage zweifeln konnte, und niemand hat sich wundern können, wenn wir am 31. Januar die Folgerungen daraus zogen, daß neun Monate nach jenen Noten die Freiheit der Meere nicht wiederhergestellt war. England gegenüber mußte es heißen: Auf einen großen Schlag gehört ein großer Keil.

Die Seesperre ist seit vier Wochen in Kraft. Wir können mit den Erfolgen mehr als zufrieden sein. Eine Blockade haben wir niemals erklärt. Das einzelne Schiffe der Gefahr einschließen, beruht sich von selbst. Wir haben einen schweren Winter hinter uns. Aber das Heldentum unserer Frauen und Kinder hat schon jetzt den englischen Hungerkrieg zu schanden gemacht. (Wabst!) Unsere Landfronten sind für alles bereit, aber auch auf der Wasserfront sind wir voll gerüstet. Wir gehen mit vollem Vertrauen den nächsten Monaten entgegen. Unser unbeugbarer Wille, nicht zu dulden, daß wir in Schmach geraten, daß wir der Freiheit entsagen, führt uns zum Siege. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) —

Depechen.

Der Sperrbrecher eingetroffen?
W. L. B. Bordeaux, 26. Februar. (Agentur Havas.) Der amerikanische Dampfer „Orleans“ ist auf der Rede von Panias (Panillac?) eingetroffen. —

Bersenkte Schiffe.
London, 26. Februar. (Reuter.) Der englische Dampfer „Agier“, 2361 Tonnen, der Kaiser Segler „Kofra Signora del porto salvo“, 136 Tonnen, sowie zwei Ratter, „Agnes“ und „George Dejan“, wurden versenkt.
Versenkt wurden die englischen Dampfer „Her“ (2026 Tonnen) und „Falcon“ sowie der schwedische Dampfer „Ranningham“ (1938 B.-M.-T.). —

Wilson's Forderung.
W. L. B. Washington, 26. Februar. (Reuter.) Wilson wird heute in einer gemeinschaftlichen Sitzung vor Repräsentantenhaus und Senat eine Rede halten und darin die Ermächtigung verlangen, die bewaffnete Macht der Vereinigten Staaten zum Schutze der amerikanischen Rechte auf dem Meere zu gebrauchen. —

Der Inzidenzeng verunglückt.
W. L. B. Stockholm, 27. Februar. Ueber das Eisenbahnunglück wird noch gemeldet: Bis 130 Uhr vormittags wurden fünf getötete Invaliden und etwa 20 Verwundete aus den Trümmern hervorgezogen. Man glaubt, daß die gleiche Anzahl noch unter den Trümmern begraben liegt. Eine schwedische Krankenpflegerin wurde leicht verletzt. Mit dem Zuge fuhren 238 Invaliden, 2 Offiziere und 5 Pflegerinnen. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 49.

Magdeburg, Mittwoch den 28. Februar 1917.

28. Jahrgang.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

67. Sitzung.

Berlin, 26. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Besefer.

Die zweite Lesung des

Justizgesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Lüdicke (freil.): Die Amtsgerichte dürfen nicht aus Sparmaßregeln von den kleinen Orten fortgenommen werden. Die Notlage der Hausbesitzer wird dadurch verschärft, daß sie infolge der hohen Verzinsung der Kriegsanleihen mit Kündigung ihrer Hypotheken rechnen müssen. Das Kündigungsrecht darf nur in billiger Weise angewendet werden, insbesondere auch von Vormündern. In den behaupteten Grundlagen des Gesetzesverfahrens darf nicht gerüttelt werden. Kriegsmüher muß streng bestraft werden; die Privatklagen sollte man einschränken.

Abg. Guentisch (Soz.):

Nicht nur in Rücksicht auf die Geschäftslage will ich wärmer sein, sondern auch, weil ich mir als einziger Laie in diesem juristischen Redetumier meiner sachlichen Unzulänglichkeit durchaus bewußt bin. Über vielleicht ist es ganz gut, daß neben all diesen Subjekten der Rechtsprechung (Heiterkeit) auch jemand zu Worte kommt, der sich bisher, wenn auch nur in zahlreichen Prozessen, ausschließlich als Objekt des Rechtsbetriebs betätigen konnte. (Heiterkeit.) Was die geplante Justizreform angeht, so muß ganz scharf unterschieden werden zwischen den durch die Kriegsanleihe vielfach unvermeidlich gewordenen Notmaßnahmen und jenen allgemeinen Reformen, die als Dauerinstitutionen gedacht sind. Bei beiden Arten von Reformen ist in den Vordergrund zu rücken, daß die endgültige Entscheidung nicht in den Händen dieses Hauses, sondern des Reichstags liegt. Alle unsere Debatten haben daher nur einen vorläufigen und unverbindlichen Charakter. Das möchte ich besonders auch für meine Rede betonen, mit der ich den Entschlüssen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in keiner Weise vorgreifen will. Für die Dauer des Krieges würde ich mich mit gewissen Vereinfachungen im Gerichts- und Justizbetriebe einverstanden erklären, allerdings nur, soweit sie wirklich unvermeidbar sind und unter der Bedingung, daß unter keinen Umständen wirkliche Rechtsgarantien darunter zu leiden hätten. Eine solche Vereinfachung wäre etwa die Herabsetzung der Geschworenenzahl von 12 auf 7, da es infolge der Einberufungen schwierig ist, die nötige Geschworenenzahl zu bekommen. Die Richter sind überlastet, in ganz Preußen sind zurzeit nur noch rund 4500 höhere Justizbeamte tätig. Es ließe sich auch darüber reden, einzelne Straftaten von den Straf- und Schöffengerichten als erster Instanz zuzuweisen. Aber das alles sind nur kleine Mittel. Die beste Entlastung der Gerichte würde in der Befreiung des Anklagezwangs der Staatsanwaltschaft und in seiner Ersetzung durch das Opportunitätsprinzip bestehen. Auch heute werden noch zahllose Prozesse um den erbärmlichsten Kleinram geführt. Nach unsemern Erfahrungen bin ich natürlich weit entfernt davon, die Staatsanwaltschaft für die „objektivste Behörde der Welt“ zu halten. Trotzdem dürfte, falls die notwendigen Sicherungen geschaffen werden, der Nutzen bei der Befreiung des Anklagezwangs den möglichen Schäden aufwiegen.

Wirkliche Rechtsgarantien dürfen jedoch auch im Kriege keinesfalls geschwächt werden. Die vielfach geforderte Verringerung der Anwaltsgebühren und Gerichtsgebühren würde aber eine solche Verringerung bedeuten, denn der arme würde dann noch viel schwerer sein Recht finden als heute, während der Reiche nach wie vor die besten Anwälte bezahlen und die Prozesse so lange hingehen könnte, wie es seinen Interessen entspricht. Demgegenüber fordern wir die

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege.

(Sehr wahr! h. d. Soz.)

In der „Deutschen Juristenzeitung“ wird die Herabdrängung des Laienelements aus der Rechtspflege gefordert. Generalstaatsanwalt Klafschke (Berlin) verlangt rundweg Abschaffung der

Schwurgerichte. Andre wieder wollen möglichst viele Dinge vom Schöffengericht an Einzelrichter überweisen. Gegen alle diese Bestrebungen protestieren wir auf das schärfste. Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Zuständigkeit der Schwurgerichte fordern wir, in denen wir trotz ihrer großen Mängel eine wertvolle und nicht preisgebende Errungenschaft erblicken. Alle politischen und Prozeßprozeße sollten den Schwurgerichten zugewiesen werden, wobei ich hoffe, daß wir von politischen Prozessen im neuen Deutschland möglichst verschont bleiben. Um aber den Geschworenen-Gerichten den Anstich von Klaffengerichten zu nehmen, verlangen wir, daß alle Klassen der Bevölkerung gleichmäßig berücksichtigt werden. (Sehr gut links.) In diesem Sinne hat sich auch der Leipziger Rechtslehrer Wach und der frühere österreichische Justizminister Klein ausgesprochen. Alles in allem ist bei den geplanten Neuerungen Vorsicht und Mißtrauen geboten.

Dem Volke fehlt jedes Verständnis für die außerordentliche Mißde mancher Gerichte gegenüber Wucherern und Spekulanten. Die Strafen sind oft so lächerlich gering, daß sie nur wie eine Prämie auf die Gesegübertretung wirken und oft als unvermeidliche Spesen in die Preise hineinkalkuliert werden. In einem Falle stand einem Wucherer ein Gewinn von 1700 Mark eine Geldstrafe von 100 Mark gegenüber. (Hört, hört!) Solche Urteile stehen nicht nur zum Rechtsempfinden des Volkes im schroffsten Widerspruch, sondern auch zu den Urteilen in politischen Prozessen vor dem Krieg und während des Krieges. Für die Verbreitung von Flugblättern, die zwar sehr unbesonnen waren, aber doch lange kein solches Unheil anrichten konnten, wie es die Wucherer, Spekulanten und Kettenhändler täglich anrichten, sind schwere Freiheitsstrafen verhängt worden. Wo bleibt die Feinheit von Staatssekretär Dehnbild im Reichstag angeklagte Überhebung der bürgerlichen Ehrenrechte gegen die Schmarober des Lebensmittelmarktes? Ohne auf den Prozeß Liebkecht eingehen zu wollen, will ich doch sagen, daß er ganz gewiß nicht aus christlicher Gesinnung, um schänden Gewinns willen gehandelt hat. So fern er mir heute steht und so rückwärtslos ich seine Agitation bekämpft habe, so muß ich doch betonen, daß er für die Sache gekämpft hat, die er für die rechte hielt. Er hat dabei seine Ehre und seine Freiheit in die Schanze geschlagen. Deshalb verstehen die weitaus Kreise des deutschen Volkes die gegen Liebkecht ausgesprochene Überhebung der bürgerlichen Ehrenrechte durchaus nicht. Sind sie ihm aber aberkannt, um wieviel mehr müßten sie dann jenem vorhin von mir gekennzeichneten Gefindel der Wucherer und Spekulanten aberkannt werden? Davon hat man noch niemals etwas gehört, obwohl diese Leute

Landesverräter und Vaterlandsfeinde der schlimmsten Art

sind. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Sie sind die besten Verbündeten der Engländer.

Der Reichstagsler hat mir völlig aus der Seele gesprochen, als er vor ein paar Monaten im Reichstag den Satz prägte: Der deutsche Staatsmann müsse gehent werden, der gegen England nicht jedes wirklich Erfolg versprechende Mittel anwende. Aber ich möchte diesen Satz ergänzen: Auch solche Staatsmänner müssen gehent werden, die nicht gegen die Verbündeten der Engländer, gegen das Gefindel der Lebensmittelwucherer, alle Waarenmittel der Staatsgewalt zur Anwendung bringen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ich bitte um Auskunft darüber, ob der Herr Justizminister in der Lage ist, dem Haus eine Statistik über die seit Kriegsbeginn in Preußen wegen Wuchers erfolgten Verurteilungen vorzulegen. Eine solche Statistik würde äußerst lehrreich sein. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Abg. Kanow (Fortfchr. Sp.): Die letzten Ausführungen des Ministers gegenüber dem Abg. Dr. Well muß ich entschieden zurückweisen. Die Verwaltung zu kritisieren, ist Aufgabe der Abgeordneten. (Sehr richtig!) Der Minister meinte, er rede hier nicht zum Vergnügen. Wir reden hier auch nicht zum Vergnügen des Justizministers. (Lebh. Zustimmung links u. i. Ztr.) Redner tritt für Befreiung der Stangliten und der Arbeiter der Justizverwaltung ein. Die Frage der unehelichen Mütter muß besser geregelt werden. Bei der Verteilung der Vorstehenden der Schwurgerichte muß besonders vorsichtig verfahren werden. Sie müssen imstande sein, sachlich und vornehm die Verhandlung zu leiten. Es darf nicht vorkommen, daß er schreit und schimpft, als ob er selbst mit dem Angeklagten zu kämpfen hätte, während

er doch über der Sache stehen soll. (Sehr richtig!) Die Richter sollten nicht so bürokratisch verfahren. Bei der Lösung der Vorfragen muß weiberziger vorgegangen werden als bisher. Vor allem muß die Unabhängigkeit des Richters nach oben und unten gesichert werden. Die Privatklagen kann man nicht ganz beseitigen. In die Dunkelkammer der Gesetzgebung von 1850 bis 1860 müßte einmal gründlich hineingeleuchtet werden. Ich erinnere an das Belagerungszustandsgesetz und die Gefirndeordnung. Das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter hat schon Fürst Bismarck verlangt. Hoffentlich bemüht man sich, auch nach dem Kriege die Prozesse zu vermindern. (Beifall.)

Justizminister Dr. Besefer: Dem Abgeordneten Guentisch erwidere ich, daß die Vorschläge zur Justizreform nur meine persönliche Meinung darstellen. Augenblicklich schweben die Sachen bei anderen Stellen, sie werden im Bundesrat und Reichstag zu prüfen und zu entscheiden sein. Hervorheben will ich nur, daß ich durchaus für die Mitwirkung der Laien bin. In meiner langen Erfahrung habe ich stets gefunden, daß sich das Laienelement ausgezeichnet bewährt hat. Dem, was der Vorredner über die Wahrung der Form bei der Rechtspflege gesagt hat, kann ich nur zustimmen. Es ist sehr wichtig, daß der Vorstehende versteht, mit richtigem Takte den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich bei jeder großen Gerichtsverhandlung ergeben können. Schöffensverlehenes Wesen, unnötige Schärfe müssen unter allen Umständen vermieden werden.

Abg. Boil... (natl.): Der Verkehr mit dem Gericht muß dem Publikum nach Möglichkeit erleichtert werden. Ich bin ein großer Freund des Laienelements, aber viele Sachen, namentlich Privatklagen könnten besser durch Einzelrichter entschieden werden. Die Forderungen der Anwälte gehen vielfach zu weit. Natürlich sollen sie ein ausreichendes Einkommen haben. Ich bin nicht berufen, den Justizminister hier zu verteidigen, aber man sollte auch nicht Angriffen gegen ihn auf Zeitungsbereiche stützen; damit untergräbt man das Vertrauen in die preussische Rechtspflege.

Abg. Kanow (Fortfchr. Sp.) bedauert die Angriffe des Vorredners gegenüber den Anwälten. Wenn diese 25 Prozent Zuschlag zu den Gebühren erheben, so muß man dabei die Lernura berücksichtigen.

Damit ist der Justizetat erledigt. Ein Antrag der Polen auf Streichung der gegen die Polen gerichteten Postämtern wird abgelehnt.

Es folgt der

Rustgesetz

Die Verordnung beginnt mit einer allgemeinen Aussprache. Dabei steht mit zur Verhandlung eine Denkschrift über die Förderung der Auslandsjuden.

Abg. Sedewitz (konj.): Das Volk der Dichter und Denker vergißt auch im Kriege die Bildungsaufgaben nicht. Eine religiöse Welle geht über unser Volk; die Bedeutung der Ewigkeit wird den Menschen wieder ins Gewissen gerufen. Der Krieg hat die christlichen Konfessionen einander genähert. Die Religion des Schlachtfeldes kennt nur ein Kreuz. Hoffentlich bringt unsere Freundschaft mit der Türkei auch Christentum und Islam näher. Eine bessere Kenntnis des Auslandes ist nötig. Die Lehrer, die nur garnisondienstfähig sind, sollten vom Minister reklamiert werden, damit die selbstständigen Lehrer ins Feld können. In Berlin sollte ein deutsches Nationaltheater errichtet werden.

Abg. Eichhoff (Fortfchr. Sp.): Wir hoffen, daß nach dem Weltkriege bei uns in Deutschland Kunst und Wissenschaft wieder wie ein Rhönitz aus der Nische sich erheben werden. In diesem Kriege hat die naturwissenschaftliche Bildung Triumphe gefeiert. Die technischen Hochschulen müssen den Universitäten gleichgestellt werden. Vor allem muß die Kenntnis des Auslandes an unseren Hochschulen mehr verbreitet werden. Der bekannte antisemitische Artikel von Schmollis ist tief zu bedauern. Schon Kaiser Friedrich hatte Antisemitismus als Schmach des Jahrhunderts bezeichnet. (Bravo! links.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr. —

Eine Handvoll Erde.

Roman von Klara Diebig.

(26. Fortsetzung.)

Rachman verboten

Da laute das festgefrorene Antlitz auf. Wie das liebe Gesicht lächelte! Es lächelte ihn an. Und weißer als Marianne im Leben niemals gesprochen hatte, sprach sie jetzt als Lote zu ihm: „Ich war sehr glücklich. So glücklich, wie der sein kann, der lebt. Weißt Du denn nicht, mein lieber Mann, daß Leben und Glück — vollkommenes Glück — nicht eins sein können? Warum ist denn in unsemr Brust eine stete Sehnsucht? Du küßt mich, ich küßte Dich, ich war ganz Dein, Du warst mein — aber diese ewige Sehnsucht, die blieb!“

„Ich sehne mich immer — immer noch!“ Der alte Mann schrie auf wie ein Junger. Er rang die Hände: „Marianne, höre mich, immer noch!“

Da neigte sie sich zu ihm herab aus dem Rahmen. Es streifte etwas seine Wange wie ein milder Hauch, es flüsterte ihm ins Ohr: „Ein Glück gibt es doch — das ist ganz vollkommen. Ich sehne mich nicht mehr. Laß Blumen wachsen auf meinem Grabe — lauter bunte, heitere, glückliche Blumen — gute Nacht!“

— — — Doktor Girkorn schreckte auf. Seine Hausdame stand vor ihm im Nachigewand, über das sie die Decke von ihrem Linde gehängt hatte. Fräulein Zimmer war sehr erschrocken, sie hatte einen Schrei gehört aus des Doktors Zimmer. „Fehlt Ihnen etwas?“ Noch zitterte sie. „Ich habe gedacht, Ihnen wäre etwas zugefallen. O Gott, es lebt noch alles an mir! Sie haben wohl geschlafen, Herr Doktor, was?“

„Gabe ich geschlafen?“ Er sah sie starr an, noch wie weit fort.

Schämig zog sie die rote Blüschdecke fester um sich. „Gräßlich geträumt, nicht wahr, Herr Doktor?“

„Geträumt — ja,“ sagte er. „Aber nicht gräßlich!“ Schwer stand er auf dem Schreibtisch. Er kam ihr zum erstenmal alt vor, hilflos fast. Sie bot ihm den Arm, und er nahm den Arm. Sie küßte mit geheimer Freude, wie er sich darauf lehnte.

Er mußte es tun, die Füße waren ihm schwach.

Renier Hippelt war es nicht gewohnt, etwas unausgenutzt zu lassen. Eine Begierde, die sich mit jedem der Tage steigerte, die langsam einformig hier draußen verfrachten, trieb ihn hinaus aufs winterlich-öde Feld. Seine sonst täglichen Fahrten nach der Stadt hatte er beschränkt in der letzten Zeit, es wurde ihm bei dem ungemächlichen Wetter schwer, in seinen schlorrenden Galoschen zur Bahn zu stapfen.

Könnte man da draußen nicht etwas aufbauen, ähnlich wie hier die Gartenstadt? Wohnhäuser für eine Partei oder zwei Parteien, kleine Heimgärten, die bezogen werden durften nach einer geringen Anzahlung? Vierhundert, fünfshundert Mark Ersparnisse hatte wohl jeder. Diese Heimgärten konnten erworben werden, so nach und nach — vorausgesetzt, daß die Miete pro Monat pünktlich bezahlt wurde — von den Liebhabern eines Eigenheims. Das wäre am Ende eine Idee! Warum sollten allein Aktien-gesellschaften, Genossenschaften so etwas unternehmen? Er, er allein war ja Genossenschaft genug. Man mußte es nur nicht großartig anfangen, sondern ganz bescheiden. Darin hatte Bernhard, der Schlemihl, ausnahmsweise einmal recht: der Norden bedingte das!

Junger wieder strich Hippelt über sein neues Terrain. Er studierte es förmlich. Ein Phantast würde vielleicht aus dem Beschluß einen See gemacht haben mit Badeanstalt, aus der Sandwehe davon einen Aussichtshügel, aus Reiches elender Bretterbude einen rosenumponnenen Pavillon. Aber Hippelt war ein Praktiker. Was brauchen keine Seen, einen See, eine Badeanstalt? Wenn die haben wollen, tauschen sie auch in den Beschluß. Für so etwas braucht

man kein Geld zu verplempern. Einzig Reklame, Reklame — Verpflegungen kosten nichts — nur die Infektionsgebühren, und die bringen sich ein!

Wie ein Storch, der Frösche juckt, um sie zu pfeifen, strakte der kleine Mann heute über das Feld. Der Wind, mit dem er die Ausdehnung abmaß, die einzelnen Partzellen abkürzte, hatte etwas Ötiges. Es hatte ihn befallen wie eine fixe Idee; sein Fuß stampfte die magere Scholle: hier, hier mußte er etwas herauspressen. Sollte da hinter, da jenseits der Gartenstadt, näher Berlin zu, die „Freie Scholle“ einzig in ihrer Art bleiben, diese Kolonie der kleinen Leute? Die Männer wurden gepriesen, die sie ins Leben gerufen hatten. Auch er, auch er würde gepriesen werden als Wohltäter — hei, als was für ein Wohltäter! Es regte sich plötzlich in seiner engen Brust ein stolzes Gefühl, ein Gefühl geschmeichelter Eitelkeit. Er vergaß ganz, daß er „unbekannter Wohltäter“ hatte bleiben wollen.

Hippelt machte selten ein zufriedenes Gesicht, heute machte er eins; und doch war das Wetter nicht angenehm für einen Spaziergang. Ueber die gegen Osten durch keinen Waldraum geschützte Heide schob der schwarze Wind mit aller Gewalt. Der schwache Körper des Mannes mußte sich stemmen. Die Kleider waren ihm wie Papier auf dem Leibe — gar keine Wärmkraft drinnen — sollte er sich etwa schon wieder einen Ueberzieher kaufen müssen?

Er fingerte an den Knöpfen herunter, die in den ausgegriffenen Knopflöchern so lose saßen, daß der Ueberzieher bei jedem Windstoß auseinanderlag und des Vorhemdchen über der magern Brust bloßlegte. O nein, der Ueberzieher war noch sehr gut, der hielt noch diesen Winter aus und den nächsten. Wenn er erst mal hier einen ordentlichen Betrieb hatte, daß er es sich leisten durfte, verdäwendertich zu sein, dann würde er sich einen Pelz kaufen: schwarzes Luch mit Kanin gefüttert. Dann würde er auch Sophie ein Pelzjacket kaufen — vielleicht! — sie lag ihm immer schon in den Ohren, daß sie friere in ihrem Cape.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Parteibewegung.

Ein Flugblatt der Arbeitsgemeinschaft. Die Kreise der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft haben wieder ein Flugblatt gegen Parteivorstand und Gewerkschaftsführer verbreitet. Diese, wie überhaupt die alte Fraktion, werden in der üblichen Weise als Vertreter an den Interessen der Arbeiter beschimpft, weil sie für die Hilfsdienstpflicht gestimmt haben. Am Schlusse des angeblich bei W. Schmidt, Magdeburg, gedruckten Flugblattes werden die „klassenbewußten Arbeiter“ gefragt, auf was sie denn eigentlich noch warten. Wäre die Partei nicht mit der sozialdemokratischen Partei, Abrechnung mit den freien Gewerkschaften. Der Parteivorstand sei zu der Schändlichkeit herabgesunken, dem Belagerungszustand dazu auszunutzen, um den oppositionellen Sozialdemokraten ihre Zeitungen zu rauben. „Was schreit es sie, daß die Geschädigten in empörender Aufregung ihre Handlungen für parteischädigend und egoistisch erklärt haben! Diese Machthaber der Partei und der Gewerkschaften fühlen sich sicher unter dem Schutzschild der Regierung. Und jetzt, nachdem sie eben erst geholfen haben, durch ihr Votum die deutschen Arbeiter vermittels des Zwangsarbeitsgesetzes noch mehr in Fesseln zu schlagen, machen sie sich obendrein ans Werk, den oppositionellen Sozialdemokraten die mühsam aufgebauten Organisationen zu zertrümmern!“ Das Flugblatt klingt aus in den Weheruf: „Das Maß ist voll!“

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag hat durch ihre fleißige Mitarbeit dem auch ohne sie sicher angenommenen Gesetz eine Gestalt gegeben, wonach auch den Forderungen der Arbeiter in den wichtigsten Punkten Rechnung getragen ist. Wegen dieser fleißigen Mitarbeit wird sie jetzt von früheren Parteigenossen anonym verleumdet.

Vielleicht merkt die „Arbeitsgemeinschaft“ ihre Kritik einmal dem englischen Munitionsgesetz zu, das die Rechte der Arbeiterschaft bei weitem mehr beschränkt hat?

Die Krise in der schwedischen Partei. Die von der Opposition beantragte Befestigung der Festlegung auf die Disziplin innerhalb der Reichstagsgruppe wurde nach einer sehr scharfen Debatte vom schwedischen Parteitag mit 123 gegen 30 Stimmen, bei namentlicher Abstimmung, abgelehnt. Minister Steaning, der Vertreter der dänischen Partei, dessen Eintreffen sich einige Tage verzögert hatte, wies darauf hin, daß man in Dänemark den sogenannten Ministerföderalismus anerkannt habe. Die dänischen Sozialdemokraten seien auf Grund der Verantwortung, die sie in diesen ersten Zeiten fühlen, in das Ministerium getreten. Sie haben damit den Klassenkampf einen Schritt vorwärts geführt, indem sie auf ein Gebiet, das früher ausschließlich von den oberen Schichten beherrscht wurde, gingen. Redner schloß mit der Hoffnung auf ein weiteres skandinavisches Zusammenarbeiten, damit die nordischen Länder unversehrt diese schwierigen Zeiten überleben können.

Zur Frage des im vergangenen Jahre vom Parteivorstand vorgenommenen Ausschlusses der drei Parteimitglieder Prof. Steffen, Dr. Ingbo Larsson und Arthur Otto Järte beschloß der Parteitag, den Ausschuß der beiden Letzteren zu bestätigen, dagegen den Beschluß des Parteivorstandes bezüglich Prof. Steffen nicht gutzuheißen unter gleichzeitiger Ueberweisung der Angelegenheit an einen Ausschuß.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Ochersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Ochersleben, 27. Februar. (Wenn der Feizer die Zeit beschlägt.) Die am Freitag von hier nach Halberstadt reisenden Personen mußten anstatt um 6.15 Uhr von hier abzufahren, 1 Stunde warten. Auf allezeitigen Fragen stellte sich heraus, daß keine Maschine zur Stelle war. Der Feizer hatte die Zeit verschlafen und so mußten sich die Passagiere damit abfinden, daß sie in Halberstadt die Anschlüsse nicht mehr erreichten.

Halberstadt, 27. Februar. (Fleischanteil.) Für die laufende Woche dürfen 200 Gramm Fleisch mit Knochen oder 160 Gramm schieres Fleisch oder Wurst entnommen und verbraucht werden. Auf jede Marke entfallen 20 Gramm Fleisch mit Knochen oder 16 Gramm schieres Fleisch oder Wurst oder 1 Paar Kriegswurstchen.

(Zucker oder Kunsthonig.) Vom 26. Februar ab gelangt auf den Kopf der Bevölkerung das bisher noch nicht ausgegebene 1/2 Pfund Zucker dergestalt zur Ausgabe, daß auf die Lebensmittelmarke 49 wahlweise entweder 1/2 Pfund Zucker oder 1/2 Pfund Kunsthonig entnommen werden kann. Der Verkauf des Kunsthonigs erfolgt in den am Rathaus und Lebensmittelamt veröffentlichten Geschäften. Die betreffenden Gewerbetreibenden haben die beim Verkauf erhaltenen Marken aufzubewahren und im Lebensmittelamt abzuliefern, so daß ersichtlich ist, auf welche Marke Zucker oder Kunsthonig verkauft ist.

(Städtischer Kohlrußenverkauf.) Vom 26. Februar ab erfolgt der Verkauf nur gegen Lebensmittelmarke, und zwar gilt jede Marke für 4 Pfund. Für die laufende Woche gilt Lebensmittelmarke 43. Das Verfüttern dieser Kohlrußen ist verboten.

(Fleischpreise.) Nach der amtlichen Statistik, die allmonatlich vom Magistrat veröffentlicht wird, kostete im Februar das Pfund Rindfleisch 2 bis 2.40 Mark (im Januar den gleichen Preis), Kalbfleisch 1.80 bis 2.10 Mark (1.80 bis 2.20 Mark), Hammelfleisch 2.40 bis 2.60 Mark (2.60 bis 2.90 Mark), Schweinefleisch ist dagegen gestiegen und kostet 1.80 bis 2 Mark (1.50 Mark).

(Geschlossener Betrieb.) Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus der Erste 1916 ist die Konditorin der Frau Anna Köhlich, Breiter Weg, auf die Dauer von 3 Wochen geschlossen.

(Neuer Kartoffelhöchpreis.) Von Montag ab beträgt der Preis im Kleinhandel für 1 Pfund Kartoffeln 63, bisher 55 Pfennig.

(Der Sozialdemokratische Verein) hält am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal von M. Volkmann, Vaterstraße, eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Weber wird über die Vorgänge in der Partei referieren. Die Tagesordnung weist ferner auf: Stellungnahme zur Generaiverammlung und Wahl der Delegierten. Die Situation, in der sich die Partei befindet, verlangt es, daß alle Mitglieder den Vorgängen das regste Interesse widmen. Darum ist ein zahlreicher Besuch der Versammlung dringender denn je notwendig. Wir bitten zu beachten, daß mit Rücksicht auf den frühen Beginn der Politischen Versammlung Punkt 8 Uhr eröffnet wird und erwarren pünktliches Erscheinen aller Genossinnen und Genossen.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 27. Februar. (Im Kanal ertrunken?) Der hier Fruchtsüß 32 wohnhafte Arbeiter Hermann Wädler wird seit Sonntag vermißt. Man vermutet, daß er im Kanal ertrunken ist, als er sich, um zu fischen, in der Nähe der Porphauer Brücke ein Loch ins Eis gehauen hatte. Ein am Sonntagabend gegen Abend dort des Weges kommender Mann hat Hilferufe gehört; bevor er aber herankam, war der Bezugsgrube unter dem Eise verschwunden.

Wahlkreis Halle-Ochersleben.

Ochersleben, 27. Februar. (Die Volksvereins-Versammlung) am Sonntag war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Greiner referierte über die am 4. März stattfindende außerordentliche Generailverammlung. Er führte aus, die Opposition habe bis heute

noch keine beweiskräftigen Gründe gebracht, daß die Politik der Parteimehrheit unrichtig sei. Vielmehr sei anzuerkennen, daß die Fraktion für die Erlangung des Friedens alles getan habe. Als Erfolg in dieser Beziehung darf das Friedensangebot der Mittelmächte angesehen werden. Die scharfe Abkühlung der Gegner beweise, daß auf jener Seite die Absicht bestehe, Deutschland und seine Verbündeten niederzurufen. Die Interessen der Arbeiter kommen dabei in mannigfacher Weise in Frage; weshalb die Behauptung, mit der Fortführung des Krieges werden nur Kapitalinteressen vertreten, unrichtig ist. Wir erkennen sehr wohl an, daß aus Kriegs- und Lebensmittellieferungen große Gewinne erzielt werden. Diese Auswüchse werden aber von der Partei intensiv bekämpft. Die Wichtigkeit der Politik des 4. August 1914 hat die heutige Haltung des Krieges bewiesen. Die Tätigkeit der Opposition wirkt aber parteierfremd und lähmt die Aktionsfähigkeit der Partei. Dieses Bestreben zu verhindern, muß Aufgabe unserer Parteioffensive sein. In der Diskussion erklärte Genosse Herlinger, daß ihm verschiedene Maßnahmen der Arbeitsgemeinschaft zulagten. Jedoch sei er keinesfalls gewillt, innerhalb der Partei sich dafür zu betätigen, resp. eine Trennung der Partei herbeizuführen. An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Genossen Prang, Becker, Willert und Schumann, die sich im Sinne des Referenten äußerten. Als Delegierte werden gewählt: Becker, Vettel, Annede und Schumann als Ersgamann. Hierauf gab Genosse Herlinger die Quartalsabrechnung. An Einnahmen und Ausgaben ergaben sich 451,48 Mark, einschließlich eines Restbestandes von 257,53 Mark. Wittglieder sind 158 männliche und 99 weibliche vorhanden. Unter Parteiangehörigen wurden einige interne Fragen besprochen, die dem Vorstand zur Erledigung überwiesen wurden.

Halle, 27. Februar. (Heimliche Schlachtungen auf dem Lande.) Heimlich geschlachtet haben mehrere Viehhalter in Groß-Hörsburg. Es sind jetzt zwölf Schweine vorgefunden worden. Sämtliches Schlachtgut wurde beschlagnahmt und ist hier bei dem Fleischereimittel Fiedert abgehieft worden. Zu dem pekuniären Schaden kommt für die Besitzer nun noch die Bestrafung hinzu.

Quedlinburg, 27. Februar. (Familien-Unterstützungen.) Die Auszahlung der Unterstützungen für Familien der Kriegsteilnehmer findet statt: Im Rathaus (Vorraum des Stadtverordneten-Sitzungsraums) am 28. Februar vormittags von 9 bis 12 1/2 Uhr für die Buchstaben B bis R und S nachmittags von 3 bis 5 1/2 Uhr Sch. St. bis 3; am 1. März vormittags 9 bis 12 1/2 Uhr A bis F und Z, nachmittags 3 bis 5 1/2 U. S. und K. Um das lange Warten zu vermeiden, muß die Reihenfolge genau eingehalten werden.

Schönebeck, 27. Februar. (Der Gasverbrauch) muß infolge des Kohlenmangels eingeschränkt werden. Gas kann nur benutzt werden von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und abends von 1/2 bis 11 Uhr. Diese Maßnahme trifft die Leute hart, die auswärts arbeiten. Man sollte daher diesen Familien entgegenkommen und sollte morgens von 5 bis 7 Uhr ebenfalls Gas abgegeben werden. Da in den Haushaltungen nur eine Flamme benötigt wird, ist der Verbrauch nicht nennenswert. Den Arbeitern und Angestellten, die hauptsächlich in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, würde damit geholfen sein.

Staßfurt, 27. Februar. (Die Milchlarvenausgabe) erfolgt am 1. März von 4 bis 5 Uhr in den sechs Ausgabestellen. Der Milch auf ärztliches Attest erhält und sie auch nach dem 28. Februar weiter zu beziehen wünscht, hat ein neues ärztliches Attest vorzulegen.

(Die Butterration) für diese Woche beträgt 60 Gramm.

(Hilfsdienst.) Die Anmeldestelle zur Uebernahme einer Beschäftigung im Hilfsdienst befindet sich für den ganzen Kreis Halle im öffentlichen Arbeitsnachweis in Staßfurt am Plan.

(Die Anpflanzung von Bäumen) wird an dem Wege von der Bodebrücke nach der sogenannten schwarzen oder Kohlenhofstraße vorgenommen. Früher haben dort schon Wappeln gestanden. Diese Anpflanzung ist nur zu begrüßen, sie trägt zur Verschönerung bei. Aber wäre es denn nicht an der Zeit, diesen Wege, der inzwischen zur Straße geworden ist und vermutlich an Bedeutung zunehmen wird, nun auch einen Namen zu geben? Wenn an dieser Straße auch keine Gebäude stehen und die Zeit nicht abzuweichen ist, wann solche dort errichtet werden, so ist sie doch eine Straße und muß demnach auch einen Namen haben. Auch dem Durchgang von der Straße an der Bode nach der Petrichstraße fehlt immer noch jede Bezeichnung. Im übrigen könnte es nicht schaden, wenn der Durchgang in einen etwas besseren Zustand gebracht würde, damit er auch wirklich benutzbar wird. Er ist keineswegs überflüssig, sondern kann zur Abkürzung der Wege dienen, vorausgesetzt, daß er sich in einem passierbaren Zustand befindet.

Halle, 27. Februar. (Höchstpreispolitik.) Der Brot- und Kartoffelpreis ist jetzt wieder erhöht worden, die Fleischpreise und der Zuckerpreis werden nachfolgen. Die Fleischpreise sollen 8 Mark, die Spätkartoffeln 6 Mark der Zentner kosten. Wo soll das hinführen? Wie soll ein Familienvater von vier oder fünf schulpflichtigen Kindern bei 4 Mark Tagelohn auskommen? Schon jetzt ist ein großer Teil Arbeiterfamilien nicht in der Lage, die ihnen laut Karte zustehenden Lebensmittel zu kaufen, weil das Geld nicht reicht. Mühen wir doch zum Beispiel hier am Ort für 1 Pfund Rohweizen 10 Pf., 1 Pfund Rohweizen 15 Pf., 1 Pfund Weizen 20 Pf. und Salzbohnen sogar mit 85 Pf. das Pfund bezahlt. Daß die Lebensmittel knapp sind, wissen wir, aber daß das wenige formwähren im Preise steigen muß, kann das Volk nicht verstehen. Es ist höchste Zeit, daß in der Preisfestsetzung, hauptsächlich bei den Kartoffeln, eine Besserung eintritt. Wird aber diese Höchstpreispolitik fortgesetzt, dann sollten die maßgebenden Stellen konsequent sein und einen Minimal-Tagelohn in entsprechender Höhe festsetzen, damit die Arbeiter wenigstens einigermaßen in der Lage sind, den Lebensunterhalt für ihre Familien zu bestreiten.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Arndsee, 27. Februar. (600 Mark gestohlen.) Der Frau C. Dessauer Worth, hat während sie eine Wollkäufertätigkeit ausübte, 500 bis 600 Mark gestohlen worden.

Stendal, 27. Februar. (Einbrüche.) Eingebrochen wurde Sonntag morgen in der Apotheke Bahnhofstraße 49. Den Dieben fielen 200 Mark in die Hände. — Beim Rechtsanwalt Nachgast ist ein es besonders auf Lebensmittel abgesehen zu haben, denn sie drangen in die Küche, kochten Eier und verzehrten alle Butter und Speck.

(Eine geheime Schlächtereier.) Nachdem erst vor nicht langer Zeit in der Bahnhofstraße eine heimliche Schlächtereier ausgedacht wurde, ist jetzt auch in Halberstadt eine solche Stelle entdeckt worden. Der Fleischergeselle B. kaufte Schweine auf und schlachtete diese heimlich auf seinem Grundstück. Das Fleisch u. w. verkaufte er dann über den Höchpreis. Bis jetzt sind ihm drei heimliche Schlachtungen nachgewiesen.

Kleine Chronik.

Grabenunglück in der Lausitz.

Auf dem Werke der Bergwerks-Attengesellschaft „Guldau“ in Lichtenau bei Lauban sind durch Einatmen giftiger Gase fünf Vergleute erkrankt. Bei der Entpfer wurde schon bemerkt, daß Gase aus dem Schacht strömten. Als Ursache wurde ferner festgestellt, daß beim Abdämmen eines älteren Brandherdes abziehende Gase in den übrigen Grubenquadranten drangen und ihren Abzug durch den anstehenden Wetterzug genommen hatten.

Schweres Eisenbahnunglück.

Aus Stöckholm wird gemeldet: Der nach dem Norden gehende Invalidentzug lief am Sonntag bei Holmsveden in der Nähe von Söderhamn auf ein Reibungs- und rannte gegen die Wand eines Gebäudes. Vier Wagen hinter der Lokomotive wurden völlig zerstört. In diesen Wagen befanden sich 65 Invalidenten, die jetzt unter der Zählung liegen. Weiter zwei Wagen wurden leicht beschädigt. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. Als Ursache des Unglücks wird fälsche Weichenstellung angegeben.

Tod von zwanzig Pflegekindern.

Aus Steyer wird berichtet: Die 40 Jahre alte Hauslerin Marie Schaubmayer in Hehenberg bei Kremsmünster nahm seit Jahren uneheliche Kinder in Pflege. Die meisten Kinder starben. Die Schaubmayer war schon einmal angeklagt, weil ein Kind unter verächtlichen Umständen gestorben war. Sie wurde damals freigesprochen. Aus den damaligen Akten ging hervor, daß der Schaubmayer und einer zweiten Ziehmutter in derselben Gegend in den letzten zwei Jahren neunzehn Kinder, die bei ihnen in Pflege waren, gestorben sind und an ihrem Tod auch nachlässige Pflege und Unterernährung schuld waren. Zuletzt brachte eine Mäherin ihr neugeborenes Kind zur Schaubmayer. Das Kind kam immer mehr herab und erkrankte schließlich. Die Mutter nahm der Schaubmayer das Kind ab und versuchte, es in andre Pflege zu bringen. Dies mißlang; niemand wollte ein Kind, das bei der Schaubmayer war, übernehmen, es war schon durch die schlechte Pflege, wie die Leute meinten, zu sehr „verdorben“. Der Volksmund sprach davon, daß der Schaubmayer alle Kinder wegen Vernachlässigung, mangelnder Nahrung und schlechter Pflege starben. Da niemand das Kind aufnehmen wollte, brachte es die Mutter wieder zur Schaubmayer. Bald darauf starb das Kind. Der gerichtliche Befund ergab den Tod durch Unterernährung und Entkräftung. Marie Schaubmayer wurde wegen fahrlässiger Tötung dieses Kindes zu 3 Monaten strengen Urteils verurteilt.

Angriffe von Walfischen auf Seefische.

Die italienische Schiffszeitung „Maxima mercantile“ brachte, wie wir im „Prometheus“ lesen, vor einiger Zeit eine Zusammenstellung aller bekanntgewordenen Fälle, in denen ein Walfisch ein Schiff angegriffen hat. So fiel im Jahre 1820 ein Walfisch über ein Walfangschiff her und brachte es in kurzem zum Sinken, so daß einige Leute ertranken. Im Jahre 1875 griff ein Walfisch den Passagierdampfer „Scythia“ der Cunard-Linie an, wobei diesem eine Schraube abgetrieben wurde. Der Fisch war dabei aber schwer verwundet worden, blieb bald hinter dem Dampfer auf der Oberfläche des Meeres liegen und wurde nachher tot aufgefunden und nach dem nächsten Hafen eingeschleppt. Dort stellte man fest, daß der kühne Neze 29 Meter lang war. Der dänische Segler „Anna“ wurde im Jahre 1894 durch einen Walfisch zum Sinken gebracht; die Mannschaft konnte im Rettungsboot einen in der Nähe fahrenden Dampfer erreichen. Ebenso erging es einem andern Segelschiff im Jahre 1902, und 1903 konnte sogar ein Walfisch einen kleinen Dampfer zum Sinken bringen. Bald darauf wurde auch einmal der große deutsche Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ auf der Fahrt über den Ozean Gegenstand eines Walfischangriffes. Dem Schiff schadete das nicht, doch spürte man den Druck überall, und nachher mußte man stoppen, weil die Schrauben sich in dem Walfisch verfangen.

Bereins-Kalender.

Deutscher Monatsband. Am Dienstag den 27. Februar, abends 8 Uhr, in Wöllers Hotel, Kronprinzenstraße, Vortrag des Herrn Landgerichtsrats Dr. von Holtz über „Ziele und Fortschritte der Bodenreformbewegung.“

Briefkasten.

A. B., Br.-Börnecke. Bei Unfallrente kann eine Abfindungsumme gezahlt werden, wenn die Rente 20 Prozent und weniger beträgt. Eine Verpflichtung zur Zahlung einer Abfindung besteht für die Berufsgenossenschaft nicht. Wenn eine Klage der Rente erfolgen sollte, müssen Sie Einspruch erheben.

M. Sch. 100. Der Hauswirt kann die Abvermietung an einen dritten untersagen. Seine Einwilligung zur Abvermietung müssen Sie einholen.

Landsturmann S. Sch. Reichswochenhilfe wird gewährt, wenn der Ehemann unmittelbar vor seiner Einberufung mindestens 6 Wochen oder in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen gegen Krankheit versichert war. Es wird gewährt: ein einmaliger Betrag von 25 Mark zu den Kosten der Entbindung, Wochenlohn von 1 Mark täglich für 57 Tage, eine Beihilfe bis zu 10 Mark für Gebarmattdienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich sind, Stillsitzen von 0,50 Mark für 84 Tage. Stellen Sie den Antrag bei dem Vorstand der Klasse, der Sie vor Ihrer Einberufung angehört. Hilft auch das nicht, richten Sie eine Beschwerde an den Landrat.

B. 100. Wenn Sie monatlich Miete zahlen und den Mietvertrag auf ein halbes Jahr abgeschlossen haben, müssen Sie einen Monat vor Ablauf des Vertrags kündigen. Zur sofortigen Lösung des Vertrags verdrängen nur Mängel, die das Wohnen unmöglich machen.

E. L. 16. Die Strafe wird von dem Gnadenverlaß nicht befreit und ist nicht geldlos.

Wasserstände.

	+ bedeutet über, - unter Null			
	Elbe.			Salz
Barby	25. Febr. - 0,33	26. Febr. - 0,27		0,03
Brandeb.				
Nelmit	+ 0,30	+ 0,12		0,18
Netmeritz	+ 1,57	- 1,56		0,01
Luffitz				
Tresden	- 1,06	- 1,12		0,06
Dargau	+ 1,09	+ 1,10		0,01
Wittenberg	+ 2,18	+ 2,27		0,09
Hoflau	+ 1,26	+ 1,33		0,12
Alten	+ 1,48	+ 1,55		0,12
Barby	+ 1,63	+ 1,72		0,04
Magdeburg	+ 1,25	+ 1,30		0,05
Zangermünde	+ 3,76	+ 3,78		0,02
Wittenberge	+ 3,73	+ 3,83		0,04
Senftenberg		+ 2,86		
Farnitz	+ 1,79	+ 1,74		0,05
Barthau				
Hagenburg	+ 2,00	+ 1,80		0,10
Hohenort	+ 1,97			

In Leizen Eisband, Böhmisch Treibeis, Targau Treibeis mächtig. Am 27. Februar Eisbrecher bei Schnadenburg.

Wettervorhersage.

Mittwoch, 28. Februar: Wechselnde Bewölkung, etwas kälter, vereinzelt Niederschläge in Schauer.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 25. und 26. Februar. Todesfälle: Präken- det (Maurer) August Boeme, 77 J. 10 M. 10 T. Witwe Elise Paug ev. Randel, 74 J. 6 M. 26 T. Witwe Doroth. Engel geb. Büg, 74 J. 1 M. 15 T. Stadtbaumeister a. D. Richard Frick, 70 J. 1 M. 22 T. Witwe Adelheid Reig geb. Jülicher, 63 J. 12 M. 7 T. Wäberin Elise Zacharias, ledig, 54 J. 1 M. 29 T. Luise Jahn, ledig, 43 J. 3 M. 1 T. Kurt, S. des Arbeiters Wilhelm Pollmann, 2 J. 28 T. Walter, S. des Barbierherren Wilhelm Campe, 1 J. 14 T. Gertr. S. des Debruiters Willi Arndt, 2 M. 15 T. Walter, S. des Eisenbahnarbeiters Gustav Gille, 31 T.

Endenburg, 26. Februar. Todesfälle: Wäberin Elise Wäberin geb. Endenburg, 59 J. 5 M. 15 T. Schlosser Karl Koch aus Salza a. S., 26 J. 4 M. 17 T. Fritz, S. des verstorbenen Handlungsgehilfen Friedrich Conrad, 3 J. 7 M. 14 T. Arbeiter-Invalide August Siemroth, 79 J. 8 M. 23 T. Arbeiter-Witwe Friederike Voigtländer geb. Ziepel, 82 J. 5 M. 12 T.

Burhan, 26. Februar. Todesfall: Arbeiterwitwe Wilhelmine Eder geb. Saalfeld, 71 J. 10 M. 25 T.

Spart mit der Seife!

Nehmt zum Schenken nur das echte 3578

Hintze-Blitzblank

Nachtrag zur Bekanntmachung über die Verteilung der Lebensmittelmarken vom 26. Februar.

Die Verteilung der Lebensmittelmarken am 28. Februar für die Hauptstellen 31 und 32 findet im Rosenthal-Exgum, Falkenbergstraße 11, statt. 3768

Magdeburg, den 26. Februar 1917.
Der Magistrat.

Arbeitsmarkt

Zur Veröffentlichung von Arbeiter- und Personalgesuchen aller Art ist die „Volksstimme“ hervorragend geeignet, weil sie in den Kreisen der weitaus größten Bevölkerung besonders stark verbreitet ist.

Einige tüchtige Dreher, Hobler und Schlosser gegen guten Lohn und dauernde Arbeit gesucht. 3644

Ferdinand Altenburg Am Fuchsberg 5.

Selbständiger Schweizerdegen sofort gesucht 3792

Griesenstraße Nr. 53.

Sattler gesucht. Fr. Pistor, Sapekerstraße.

Maurer und Bauarbeiter bei dauernder Beschäftigung gesucht. 652

P. Gorgas, Kaiserstr. 25.

Rutscher gesucht

Schwarzkopf & Co. Postfachstraße 43.

Tüchtiger Rutscher gegen hohen Lohn gesucht

Albert Rusche Leipziger Straße 7.

Zuberlapp, Rutscher gegen hohen Lohn gesucht

Einem Nachtwächter gesucht 3791

C. W. Neumann Leipziger Straße 15.

Gärtnerlehrlinge für dauernde Stellung gesucht

Reinhold & Krawinkel, Leipziger Straße 21.

Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft

Schlosser, Dreher, Schmirde, Klempner 3.233 werden gesucht.

Wahlungen in der Werkstatt Fernrufnummer 197.

Elektromonteur welche selbstständig arbeiten können für dauernde Arbeit gesucht.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Postfach 1000 Magdeburg, Leipzigerstraße 65.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unsere Betriebe ungelernete Arbeiter und Plagarbeiter in größerer Zahl. Arbeitswunde werden sich möglichst aber schließlich werden an Arbeitswundenarbeiten der

Fabrik Premnitz Magdeburg, Leipzigerstraße 22. 3790

Deutsches Volk!

Vergrößere deinen Obstbau und werde unabhängig von der Einfuhr fremden Obstes!

Obstbäume

offerierte in ertragreichsten Sorten und Formen sowie sämtliche Baumschul-Artikel.

— Ausführung von Neuanlagen. — 1a. Referenzen.

Belehrendes Sorten- und Preisverzeichnis kostenlos.

Otto Schmidt

Baumschulkulturen
Pechau-Magdeburg
Fernruf Randau Nr. 1.



fette Gänse

Puterhähne u. Puterbennen
fette Hühner, Poularden, Hähne und Tauben
belgische Kaninchen und Saatfrähen

W. Stoebel Breiteweg 228
Fernruf 1155.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Buchhandl. Volksstimme

Halberstadt.
Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag den 1. März, abends pünktlich um 8 Uhr, im Lokal von H. Hoffmann

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Vorgänge in der Partei. Referent: Parteisekretär Weber.

2. Die Generalversammlung. Wahl von Delegierten.

3. Abrechnung vom 1. Quartal 1916.

4. Verschiedenes.

Jahresbeitrag 20 Pf. erwünscht Der Vorstand.

Kammer-Lichtspiele Nur bis einsch. Donnerstag

Panorama-Lichtspielhaus

Rache der gewaltige 6-Mitter

Henry Parten in Feenhände

Weißer Wand Jakobstraße

Tonbild-Theater Berliner Straße

Colosseum Breiteweg 147

Der unsichtbare Mensch Heidenröschen

Die Gespensteruhr

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Magdeburg.

An unsere Mitglieder!

Die Generalversammlung

unserer Verwaltungsstelle, d. h. der Mitglieder aller Bezirke und Branchen, findet am

Sonntag den 4. März, vorm. 10 1/2 Uhr,

im „Sirkus“, Königstraße

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Revisorenberichte für das Jahr 1916.

2. Der Verbandstag in Köln.

3. Etwaige Anträge.

Wir laden zu jeder wichtigen Versammlung alle Mitglieder ein. Viele Hunderte unserer Mitglieder sind gekommen. Dieser werden wir den alten Mitgliedern nicht lassen sagen, ein Teil von der Delegiertenversammlung des letzten Jahres und von der kürzlichen Wahl unserer Verwaltungsstelle zu erwarten. Der Zweck dieser Versammlung ist die Möglichkeit der Teilnahme. Wir erwarten, daß hiervon Gebrauch gemacht wird.

Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.

Blusen aller Art zu verkaufen Trandberg 51, Eingang Balkstr. u. H.

1000 Mark und bedeutend mehr bringen neue Ideen. Auskunft kostenlos. 3668 Nelson & Co., Berlin-Pankow 148

Kaninchen!

Schwarzloh-Häsin mit 6 Jungen 831 preiswert zu verkaufen

Karl Hoff, Olivenstr. 26, III.

Verloren Farbering (schwarz, gelb, rot). Abzugeben gegen gute Belohnung bei **Dr. Albrecht, Halberstädter Straße 25, II.** 645

Militärpflichtige bestellen sofort

Der treue Kamerad

Ein Wegweiser durch das Kasernenleben für Arbeiterkassen.

Von **H. Leonhardt.**

Preis 70 Pf.

Zu beziehen durch die Parteibuchhandlungen und deren Kolporteurs.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 1. März

Fra Diavolo.

Freitag den 2. März

Wilhelm-Theater.

Mittwoch den 28. Februar

Don Cesar.

Donnerstag den 1. März

Zigenernliebe.

Freitag den 2. März

Der dumme August.

Sonnabend den 3. März

Ein Walzertraum.

Sonntag den 4. März, nachmittags

Künstlerblut.

Montag den 5. März

Heute tanzt Walzer.

Benefiz **Auguste Richter**

oder **Gasparone**

oder **Der Bandit von Syrakus.**

Sirkus Blumenfeld

Täglich 7 1/4 Uhr: Zugunsten des Kriegs-Liebesdienstes

Der Sias
Ein selbgraues Spiel in 3 Akten.

Bisher Reingewinn über 400 000 Mark.

Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr

Extravorstellung zu kleinen Preisen 2179

Vorverkauf: 10 bis 1 Uhr u. 3 bis 5 Uhr Sirkuskasse u. im Warenhaus Gebr. Barasch.

In allen größeren Städten mit beispiellosem Erfolg aufgeführt.

Wilhelmsbad.

Die Bäder u. Wilhelmsbades, Spielgartenstr. 5a sind von Freitag den 2. März an wieder geöffnet. Der Betrieb der Schwimmhalle muß wegen nicht genügender Kohlenzufuhr noch ausgesetzt bleiben.

Fernruf 1511 **Wilhelmsbad** Fernruf 1511

Bekanntmachung.

Nach Erlaß der Bundesratsbekanntmachung vom 8. Februar 1917 über den Zahlungsvorbehalt mit dem Auslande wird die Verordnung des stellv. Generalcommandos vom 7. Februar 1917 über den Geldverkehr mit dem Auslande aufgehoben.

Magdeburg, den 21. Februar 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armee-Korps, **Frhr. von Lander,** General der Infanterie, à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. 8185

Salzquelle.

Heute sowie jeden Mittwoch nachmittags

Gr. Militär-Konzert

Anfang 7 1/4 Uhr 8569

Eintritt 20 Pf. — Militär die Hälfte.

Stephanshallen

Direktion **Rich. Frohertz**

Ab 1. März: Täglich abends 7 Uhr

Konzert u. erstklassige Spezialitäten 3821

Familien-Programm.

Lichtspiele

früher **CLOU**

Stuart Webbs 5. Abteilung. 611

Fürstentheater Eing. Prälaturstr. Heute Dienstag

Drei Tage aus dem Leben eines Spielers

Anfang 8 Uhr. Alle Vorzugskarten gelten. 644

Palast-Theater Burg

Spielplan vom 28. Februar bis 2. März.

Elke - Kriegswocche, hochaktuelle Kriegsberichte.

Henry Parten - Film Nr. 1 der Serie 1917.

Das wandernde Licht

Roman von **Ernst v. Wildenbruch** in 4 Akten. Aufnahmefilm. — Monopol des Palast-Theaters.

Personen:

Major u. Glöckner Emil Kramm

Leutnant Elsa Wagner

Anna u. Glöckner, deren Nichte Hanna Securi

Baronin u. Jahreswald Theodor Bader

Der Kammerdiener des Barons Henry Parten.

Lodernde Flammen Monopol! Drama in 3 Akten. Monopol! 2578 Die Leitweg. Otto Wehlfarth.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos. 66. Auguststr. 15. 622

ZENTRAL THEATER

Mittwoch und folgende Tage: 260

Die schöne Cubanerin.

Wolkhalla THEATER

(großer Theatersaal) Heute Mittwoch 7 1/4 Uhr zum letzten Male

Meze von der Plattenstadt

Das Opferlamm Spezialitäten. 647

Morgen Donnerstag

Programmwechsel. Zum ersten Male

Die Gulaschkonone Burleske mit Gesang von Gustav Lind und ein

Riesen-Spezialitätenprogramm